

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
systematische Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands**

Sonderheft Nr. 34



Die systematische Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands

Sonderheft Nr. 34

Restabwicklung Deutschlands

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die Versklavung Mittel- und Westdeutschlands: Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1949-1989	2-18
Die systematische Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands: Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1990-2021	18-92
Schlußbemerkungen	92-96
Hinweise für den Leser	97-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Die Versklavung Mittel- und Westdeutschlands: Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1949-1989

Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an!

Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)

Die Mittel- und Westdeutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten nicht befreit, sondern spolitisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten durch folgende Destabilisierungsmaßnahmen systematisch ausgeplündert und umerzogen:

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde, Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Oder-Neiße-Linie, Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO), Mitglied des Warschauer Beistandspaktes, Vorbereitung einer multikulturellen Gesellschaft, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Nutzung der Kernenergie, Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen, Neue Ostpolitik, Zöglinge der "Frankfurter Schule", Niedergang des Christentums, Zerstörung des deutschen Bildungssystems, Holocaust-Verfilmung, Tag der Befreiung, Kollektivschuld, Zusammenbruch der DDR.

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde

Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls. ... Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkom-

men beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt. Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte

Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Obergewalt der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte da-

mals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Enttäuschung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>Weg

Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung ...<<

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die sog. "freien, geheimen Wahlen" waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteidiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Oder-Neiße-Linie

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden

muß.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, daß Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streittaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzu beziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO)

Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die NATO (x068/272-273): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. ...

In Europa ... begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot. ...<<

Mitglied des Warschauer Beistandspaktes

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Vorbereitung einer multikulturellen Gesellschaft

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter:

>>Erste Gastarbeiter kommen

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften (x343/12-15):

>>Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

... Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte:

"Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>Eine Million Gastarbeiter

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (am 27. Oktober 2018) im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

... Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. ... 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. ...

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle

Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Montanunion (EGKS).

Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation

von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden. ...<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit Juni 1979 alle fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Nutzung der Kernenergie

In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Mai 1966: >>Atomstrom in der DDR

... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb. ...<<

Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."

37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."

24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkraftwerke stilllegen."

9 % (sind) unentschieden.<<

Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärte im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.

Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,

(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;

(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;

(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<

Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 der bisher größte Anzunehmende Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Super-GAU im Kern-

kraftwerk Tschernobyl wurde 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima in Japan im Jahre 1945 (x175/790).

Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie die einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten. Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik. ...<<

Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und ge-

rade in publizistischer Hinsicht. ...<<

Neue Ostpolitik

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt".

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Zöglinge der "Frankfurter Schule"

Im Jahre 1950 kehrten die deutschen Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft

voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien später (am 26. Juni 2019) folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Der Grüne Schwindel**

Grüne Mehrheit, Grüner Kanzler, Grüne Fassade

Von Uli Gellermann

Die GRÜNEN können schwindelerregende Wahlergebnisse verzeichnen: Allein bei den EU-Wahlen erreichte die einstige Alternativpartei mit 20,5 Prozent etwa eine Verdoppelung gegenüber der Europawahl vor fünf Jahren und verwies die SPD auf Platz drei in der Gunst jener, die immer noch glauben, daß Wahlen was ändern könnten. Selbst von der CDU-CSU wanderten 1.240.000 ehemalige CDU- oder CSU-Wähler zur vorgeblichen Öko-Partei. Bei den unter 30-Jährigen, den Wählern der Zukunft, erzielten die GRÜNEN 33 Prozent. Da sehen alle andern Parteien alt aus.

Die wie üblich Mehrheiten erschnüffelnden Medien nahmen in der K-Frage Witterung auf: Der "Stern" brachte Robert Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, mit der Schlagzeile "Unser nächster Kanzler?" auf die Titelseite, und die Frau des grünen Spitzenduos bekam bei der "Welt" diesen Leitartikel: "Die nächste Kanzlerin heißt Annalena Baerbock". Waren die GRÜNEN nicht einst die ungeliebten Schmutzkinder des Medien-Stroms? Doch, klar. Als sie konsequent für die Abrüstung der Republik ein- und noch konsequenter gegen Atomkraft auftraten. Geboren wurde die grüne Partei in der außerparlamentarischen Opposition, auf den großen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß und in den vielen Kämpfen gegen AKW's, vom Schleswig-Holsteinischen Brokdorf bis zum badischen Wyhl.

Spätestens seitdem der ehemalige Obergrüne Joschka Fischer, durch eine Menschenrechtslüge getarnt, an der Bombardierung Jugoslawiens führend beteiligt war, sollte der Friedenslack der grünen Partei eigentlich ab sein. Aber die vermeintliche Alternativpartei lernte die Regeln des üblichen Parlamentsbetriebs schnell: Bei Kriegseinsätzen wie dem in Afghanistan reichte häufig ein halbes Nein oder eine stumme Enthaltung zur Wahrung des Scheins. Man war zwar

irgendwie dagegen, aber auch ein bißchen dafür, man wollte zwar Wähler und Parteibasis nicht verärgern, aber auch nicht die mächtige USA und deren Platzhalter in den deutschen Medien. Hat geklappt: Immer noch gelten die GRÜNEN als Friedenspartei, irgendwie.

Aber vor allem klappt das grüne Marketing in der Umweltfrage. Erst recht jetzt, wo die Bedrohung durch den Klimawandel jede Menge auch und gerade junge Menschen auf die Straßen treibt, ist das grüne Label bei Wahlen einfach Gold wert. Geradezu vehement erinnert die "Fridays for Future-Bewegung" an die außerparlamentarische Herkunft der GRÜNEN, und während den üblichen Parteien, zu denen inzwischen auch die LINKEN zählen, der Ruf der Sitzungsakrobaten und Tagesordnungs-Jongleure vorausschallt, gelten die GRÜNEN immer noch als ziemlich unverbraucht. Und sogar als jung. Was angesichts solcher Jogging-Ruinen wie Joschka Fisher geradezu bizarr komisch wirkt. Nicht nur der aufgeschwemmte Fischer und der saturierte, grüne Ministerpräsident und Daimler-Fahrer Winfried Kretschmann strafen das Etikett des Alternativen, das den GRÜNEN anklebt wie altes Kaugummi, augenscheinlich Lügen.

Eine Art blinder Gläubigkeit an das Umweltbewußtsein grüner Mandatsträger prägt das Wahlverhalten ökologisch orientierter Wähler. Der Verrat der Grünen an ihrer pazifistischen Herkunft mag sich herumgesprochen haben, daß auch ihre ökologischen Wurzeln längst angefault sind, scheint weniger bekannt. Als wäre ihr einst in Hessen beschworener Widerstand gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen nicht längst auf dem Altar der lukrativen Koalition mit der CDU geopfert. Es waren die GRÜNEN, die als Mitglied der NRW-Landesregierung keinen Finger gegen die Abholzung des Hambacher Forsts gekrümmt haben: Es fährt sich so schön in Dienstwagen. Es kopulierte sich gut im weichen Koalitionsbett mit der SPD.

Doch der wahre Prüfstein ist die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Man kann zwar die einstigen Kämpfer gegen die Gefahren der Atomkraftwerke nicht für den Müll der Kernenergie-Industrie verantwortlich machen. Doch längst sitzen die GRÜNEN in einer Reihe von Landesregierungen an den Schalthebeln parlamentarischer Macht. Seit Jahr und Tag werden Endlagerstätten für die hochgiftigen Hinterlassenschaften der Atom-Industrie benötigt. Und seit Jahr und Tag zeigen die möglichen Lager-Regionen mit dem Finger auf andere Gegenden. Zwar herrscht unter Geowissenschaftlern in Deutschland Konsens, daß die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nur in Salz- oder Tongesteinen erfolgen sollte. Und die Tongesteine der Schwäbischen Alb und Oberschwabens kämen schon in Frage. Aber davon will die grün geführte Regierung Baden-Württembergs nichts wissen.

Seit dem Januar 2019 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung. Die einstigen Feinde Volker Bouffier (CDU) und Tarek Al-Wazir (GRÜNE) knutschen seitdem in Frankfurt bis zum Atem- und Politikstillstand. Zwar lagern im hessischen Biblis seit dem 18. 05. 2006 rund 1.400 Tonnen atomaren Mülls. Zwischenlager, kein Endlager. Aber die Koalitionsregierung schweigt: Keine Alternative, keine Initiative. Der smarte Robert Habeck ist seit dem 28. Juni 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in einem Kabinett der Jamaika-Koalition des Landes Schleswig-Holstein. In diesem Bundesland liegt der Atommüll-Standort Brokdorf. Doch weder von der CDU, der FDP noch den GRÜNEN erfährt man Produktives über die Endlagersuche.

Erbgutveränderungen, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Alles Folgen, die im Atom-Müll lauern. Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor FRM I im Jahr 1957 wurden bis Ende 2007 rund 12.500.000 Kilogramm tödlich strahlender Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Manche radioaktiven Abfälle zerfallen innerhalb weniger Jahre, z.B. Krypton-85: Halbwertszeit 10,76 Jahre. Andere radioaktive Gifte hingegen weisen extrem lange Halbwertszeiten auf: zum Beispiel Jod-129: Halbwerts-

zeit 17.000.000 Jahre. Ins Endlager käme ein Cocktail aus vielen verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen. Ein atomares Endlager muß also Sicherheit über viele Halbwertszeiten geben, über Zeiträume, die unser Vorstellungsvermögen sprengen. Es wäre dringend an der Zeit, aktiv gegen die gefährlichen Folgen der Atomindustrie zu werden. Doch wie schon bei der Sicherung des Friedens: Die GRÜNEN verraten ihre eigenen ursprünglichen Ziele durch Wegsehen, Nichtstun und Mitmachen.

Längst im Parlamentarismus angekommen und eingerichtet, wollen die GRÜNEN nicht an ihre außerparlamentarische Herkunft erinnert werden. So wie es von ihnen keine Initiative aus den Regierungen, in denen sie vertreten sind, für sichere Endlager gibt, so wenig gibt es Impulse für Kämpfe außerhalb der Parlamente. Die grüne Partei hat ihr bequemes Zwischenlager in den Parlamenten gefunden. Die GRÜNEN haben sich als Schwindel herausgestellt, als Fassaden-Ökologen, als Betrug am Wähler.<<

Niedergang des Christentums

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>Gotteslästerung nicht mehr strafbar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung gemäß § 166 abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der größtenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.

Zerstörung des deutschen Bildungssystems

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt. Aufgrund der ständig geringeren Anforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt. Viele Schüler besitzen deshalb gegenwärtig nicht mehr die Grundkenntnisse, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium benö-

tigt werden.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man das US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache endgültig auszuschalten.

Holocaust-Verfilmung

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox ... "Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmals verfilmt werden. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust", die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", ... der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen ... Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. ...

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfunde-

nes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Tag der Befreiung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besat-

zungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Kollektivschuld

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit.

Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre. Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit. Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Zusammenbruch der DDR

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ..."

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Die systematische Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands: Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1990-2021

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden.

Nach dieser angeordneten Vereinigung begann unverzüglich die systematische Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands. Die Mittel- und Westdeutschen blieben danach weiterhin politisch und wirtschaftlich entmündigt und wurden anschließend durch folgende Destabilisierungsmaßnahmen konsequent ausgeplündert, umerzogen und völlig ruiniert:

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Ostdeutschland, Ausbau der multikulturellen Gesellschaft, Schuldskult, Holocaust-Industrie, Tag der Befreiung, Genderismus, EURO-Einführung, Islamisierung, Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie, Einseitige Erinnerungskultur, Diffamierung der deutschen Wehrmacht, Rückabwicklung der Bundeswehr, Folgen der "Frankfurter Schule", Rechtschreibreform, DDR 2.0, Zerstörung der

deutschen Automobilindustrie, Corona-Pandemie, "Energiewende": Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen "Energieversorgungsunternehmen, um die De-Industrialisierung und den wirtschaftlichen Ruin einzuleiten sowie letzten Endes die gegenwärtige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands zu zerstören.

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!! Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.**

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatanutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ... Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Ostdeutschland

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Ausbau der multikulturellen Gesellschaft

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreuere Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/...): >>**Merkel schafft das "deutsche Volk" ab**

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."

Veröffentlicht von Willy Wimmer

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>**Volksaustausch ? Regierungsaustausch!**

_ von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Schuldkult

Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Lennart Meri (von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. ...

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevène-

ment sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" (x318/80-82): >>... 5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.

Der Schuldskult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinan-

dersetzungen nicht mehr stattfanden. Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsterheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. In unserem Land der Geschichtslosigkeit werden heute z.B. etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.

Das negative NS-Deutschlandbild von den böartigen, kriegslüsternden Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellt man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.

Holocaust-Industrie

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das ... Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche

Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. ...<<

Tag der Befreiung

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.

Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<

Genderismus

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 über "Gender-Mainstreaming" (x887/...): >>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei. ...<<

Beim sogenannten Genderismus geht es vor allem um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Es handelt sich um ein gemeingefährliches "Sozialexperiment" (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der ehemaligen totalitären kommunistischen Staaten) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne familiäre Bindungen formatiert werden.

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

EURO-Einführung

Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>>Europa und das deutsche "nationale Interesse"

... Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand,

machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete. Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<

Rettung des Weltklimas

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtete später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

... Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO₂-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos. Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten

...

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO₂ als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO₂ verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO₂-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. ...

Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Ge-

genstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten ... werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen. ...

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. ...

Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umwelparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von

Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. ...<<

Zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa **2,2 Prozent** der weltweiten CO₂-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Aufgrund der hohen Strompreise werden schon bald nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen können und viele Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Maßnahme der deutschen Regierung schließlich den angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO₂ auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft etc.).

Ungeachtet der Tatsache, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda diese Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO₂-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur durch die Menschen gerettet werden, wenn man den CO₂ Verbrauch drastisch reduziert.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein wichtiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsalieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue

"Umweltgefahren" nachweisen kann, erweisen sich diese fiktiven "Umweltgefahren" als erfolgreiche Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Freiheitsrechte zu entziehen.

Die selbsternannten Klimaschützer zeichneten sich in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren durch rücksichtslose und zerstörerische Maßnahmen aus, ohne an die enormen Gefahren, Schäden und Kosten für die nachfolgenden Generationen zu denken. Jeder Kritiker der Klima-Ideologie wurde als reaktionär, faschistisch oder vergangenheitsorientiert verleumdet.

Obleich seriöse Wissenschaftler den menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige Gewinner des elegant inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel genutzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, zu destabilisieren und um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen.

Die Energiewende zur angeblichen Klimarettung entpuppte sich sehr schnell als Riesenschwindel und entwickelte sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Islamisierung

Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/...): >>**Islamische Menschenrechtserklärungen**

... Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990

Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.

In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). ...<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.

Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration

vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>**Kein Zurückweichen**

Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.

... Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.

Islam bedeutet Unterwerfung

Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.

Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.

Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.

Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläu-

bigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.

Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. ...

Muslime sind in der Bringschuld

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. ...

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden. ...<<

Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie

Im Verlauf einer "eleganten Privatisierung" der deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen weiterhin für die Entsorgung und Stilllegung dieser Kernkraftwerke verantwortlich.

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO2-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. ...<<

Einseitige Erinnerungskultur

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre.

...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch." <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum ... ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern,

die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Juni 2019 (x1.000/...):

>>>**70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen**

Zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren fand am 05.06.2019 ein großer Festakt im britischen Portsmouth statt. Kla.TV nimmt dies zum Anlaß, die Opferzahlen sowie vertuschte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges noch einmal näher zu beleuchten.

Anläßlich des heutigen Festaktes im britischen Portsmouth zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren, strahlen wir heute die folgende Archivsendung aus: "70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen".

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."

Ob sich dieses Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann (1889-1974) in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat, möge jeder kritische Zuschauer selbst beurteilen. Und damit begrüße ich Sie verehrte Damen und Herren zu unserer neuen Sendereihe: "70 Jahre Kriegsende". Tatsache ist, daß mit dem Kriegsende nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 der Krieg für Millionen von Menschen noch nicht zu Ende war. Dies betraf weite Teile der Zivilbevölkerung, von denen sich unzählige auf der Flucht befanden, aber auch Millionen von Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

Diese Sendereihe in den folgenden Tagen ruft in Erinnerung, daß jeder in Gang gebrachte Krieg seine Opfer im einfachen Volk fordert: Menschen die tagtäglich ihren Pflichten nachgehen und um ein harmonisches Leben bemüht sind, werden durch gezielte Kriegspropaganda zu Ausführenden gemacht und sind letztendlich auch die Leidtragenden. Hinterher schreiben dann die Siegermächte ihre Version der Geschichte und lassen sich als Befreier feiern. Ob wir aus unserer Geschichte gelernt haben? Vielleicht lassen unsere "Befreier" von damals und NATO-Partner von heute schon morgen einen Marschbefehl gegen Rußland erschallen ...

Doch nun werfen wir einen Blick in die Vergangenheit! Und zwar auf die Kriegs-Opferzahlen, im Wandel der Zeit. Anfang 1945 befanden sich offiziell 630.000 Einwohner und hunderttausende Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten in Dresden. Nach den Bombenan-

griffen zwischen dem 13. Februar und dem 17. April 1945 vermeldete die reichsdeutsche Verwaltung 253.000 Tote. Danach seien noch zehntausende Leichen geborgen worden. Zwischen 1992 und 1994 gab die Dresdener Stadtverwaltung bekannt, daß eine Opferzahl von 250.000 bis 300.000 Toten realistisch sei.

Die Ausstellung "Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit" im Jahr 1995 beziffert die Verluste aufgrund aller Luftangriffe auf Dresden zwischen Februar und April 1945 hingegen nur noch auf etwa 25.000 Menschen. Auch eine Historiker-Kommission, die von der Dresdener Stadtverwaltung beauftragt wurde, hatte sich 2010 in ihrer Abschlusserklärung endgültig auf 25.000 Luftkriegstote "geeignet". Die Online-Enzyklopädie Wikipedia übernahm schließlich die Nennung dieser Kommission und reduzierte sie nochmals etwas nach unten auf 22.700 bis 25.000 Opfer.

Der letzte DDR-Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, hatte noch bestätigt, daß lediglich 35.000 Bombenopfer eindeutig identifiziert werden konnten, während die Anzahl der nicht identifizierten Toten unbekannt sei. Tatsache ist also: Wir kennen die genaue Zahl der Opfer nicht. Als sicher erscheint nur, daß die Verursacher des angloamerikanischen Bombenmassakers an einer historischen Dokumentation hoher Opferzahlen nicht interessiert waren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Opferzahlen nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima.

Auch hier ist das "Phänomen" der sich rückläufig entwickelnden Opferzahlen im Vergleich von verschiedenen Lexikon-Ausgaben erkennbar: Das dtv-Lexikon von 1967 beziffert insgesamt 423.000 Tote. Das moderne Lexikon/Verlag Bertelsmann von 1984 erwähnt 280.000 Bombenopfer samt Spätfolgen - und laut Wikipedia (Stand 2000) starben bei dem Abwurf, samt Spätfolgen, bis 1946 schließlich nur noch 90.000 bis 166.000 Menschen.

Die Kriegsverbrechen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg vor allem an den Juden beging, sind weithin bekannt und gelten als unentschuldig. Viele Kriegsverbrechen jedoch, welche an der deutschen Bevölkerung durchgeführt wurden und Zahlen über Deutsche, die infolge des 2. Weltkrieges ihr Leben lassen mußten, werden bis heute verschwiegen. Hier einige Beispiele:

Wenig bekannt, ist die Tatsache, daß allein durch gezielte Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Wohngebiete 800.000 deutsche Zivilisten getötet wurden. Außerdem wird bis heute in der Geschichtsschreibung die gewaltsame Vertreibung von 17 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat weitgehend vertuscht. Zu diesen Vertreibungen sagte Winston Churchill im englischen Parlament am 15.12.1944 folgendes:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt ... Man wird reinen Tisch machen. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was Churchill wohl mit modernen Verhältnissen meinte ...

Schauen wir aber weiter, welche Kriegsverbrechen noch in unseren Geschichtsbüchern vertuscht werden. Nach Kriegsende mußten infolge der alliierten Nachkriegspolitik mindestens 9,3 Millionen Deutsche unnötigerweise ihr Leben lassen, davon zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern und über eine Million in den Rheinwiesenlagern der amerikanischen "Befreier".

Der amerikanisch besetzte Teil Deutschlands glich nach Ende des 2. Weltkrieges einem riesigen Gefangenenlager. Millionen Männer wurden auf dem freien Feld in selbst gegrabenen Höhlen hinter Stacheldrahtzäunen gefangen gehalten.

Bereits einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, am 9. Mai 1945, gab der verantwortliche General und spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower den Befehl, daß die Gefangenen kein Essen von der Bevölkerung erhalten durften. Und dies, obwohl sie am

Verhungern waren. Auch drei Zugladungen Nahrungsmittel des Roten Kreuzes aus Frankreich und Belgien mußten wieder umkehren. Auf diese Weise wurden ca. eine Million deutsche Kriegsgefangene systematisch vernichtet.

Dies alles blieb 44 Jahre lang verborgen, bis 1989 das Buch eines Kanadiers "Other losses" (Die anderen Verluste) die Greuelthaten öffentlich machte.

Allerdings verschwand dieses Buch durch starke Negativkritik in der New York Times und anderen Zeitungen schnell in der Versenkung. Auch ins Internet gestellte Filmdokumentationen zu den sogenannten Rheinwiesenlagern werden bis heute immer wieder gelöscht, meist aus "urheberrechtlichen Gründen".

Es stellt dich darum die Frage: Warum wird versucht, diese Greuelthaten zu vertuschen? Wieso informiert uns niemand darüber, was nach 1945 geschehen ist?

Eine mögliche Antwort ist folgende: Einer der größten Medienkonzerne der Welt, die amerikanische NBC Universal Inc. ist Marktführer in Sachen meinungsbildende Geschichtsliteratur im deutschsprachigen Raum und zudem Besitzer des Historik-Fernsehsenders History. Auch ZDF-History unterhält eine Kooperation mit dem amerikanischen Sender. Mit anderen Worten könnte man sagen: Die Befreier bzw. die Besatzer Deutschlands diktieren den Deutschen, was sie über ihre Geschichte wissen und nicht wissen dürfen.

Meine Damen und Herren, nach diesen Fakten können Sie sich nun selbst ein Bild machen, ob sich das anfangs gehörte Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat oder nicht. ...<<

Diffamierung der deutschen Wehrmacht

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. ...

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet.

Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.

Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt ... gewesen.

Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.

Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ...<<

Rückabwicklung der Bundeswehr

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfassbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. ...

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfassbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." ...

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glatrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. ...<<

Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

Folgen der "Frankfurter Schule"

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart

Wehe den Besiegten

... Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. ...

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.

Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzinstitutionen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. ...

"Wehe den Besiegten": ... Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

Rechtschreibreform

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...):

>>Demontage der Kultursprache Deutsch

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird. ...

Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".

Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."

Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. ...<<

DDR 2.0

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Unterbreitung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rüchhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. ...

Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

... Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" ... als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule"

des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammt Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: 'Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

Die CDU-Politikerin Angela Merkel wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung veranstaltete am 15. Juni 2019 in Berlin einen Kongreß zum Thema Meinungsfreiheit (x1.032/...): >>Von Free Speech zu Hate Speech

Von Marc Jongen

- eine Dialektik der Aufklärung

für Äußerungen, die vielleicht anstößig sind, provokativ, vielleicht auch verletzend für einige, deren Tolerierung aber gerade der Prüfstein wäre, ob eine Gesellschaft sich noch frei und offen nennen darf oder nicht.

Mein Vortrag gliedert sich in 11 Thesen, die im Folgenden vorgetragen und kommentiert werden:

1) Artikel 5 Grundgesetz wird gebrochen in Deutschland. Eine Zensur findet wieder statt. Auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ernsthaft gefährdet. Das läßt sich etwa an den Folgen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sowie anhand der Medienberichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise oder jüngst über die Ereignisse von Chemnitz demonstrieren.

Für die Zukunft lassen die geplanten oder angedrohten Einschränkungen der Presse- und Redefreiheit im Rahmen des "Global Compact for Migration" sowie die Pläne des Europäischen Rats zur "Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet" weitere massive Ein-

griffe befürchten.

Das habituelle Sperren regierungskritischer oder auch nur andersdenkender Personen auf Facebook aufgrund des Netzwerk-Durchsetzungsgesetzes, das immer wieder Bürger an ihrer freien Meinungsäußerung hindert und dafür bestraft, kennen Sie alle. Derzeit noch weniger bekannt sind die weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die die erwähnten Initiativen, vor allem der unselige "Global Compact for Migration", nach sich ziehen werden.

Die AfD hat im Bundestag dafür gesorgt, daß über dieses Vertragswerk überhaupt erst gesprochen und debattiert worden ist. Die Altparteien hätten es sonst heimlich, still und leise durchgewinkt, und Frau Merkel hätte es in Marrakesch unterschrieben - was sie dann ja auch getan hat, allerdings unter lautem und argumentativ untermauertem Protest der AfD.

Der Titel meines Vortrags soll zum Ausdruck bringen, daß wir es in den westlichen, sogenannten aufgeklärten, freien und demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun haben - für den ganz normalen Bürger, aber auch für Intellektuelle und Wissenschaftler. Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders schwer zu demaskieren, weil sie gerade unter Rückgriff auf aufklärerische Werte und Argumente legitimiert wird.

Deshalb spreche ich von einer Dialektik der Aufklärung. Will heißen: Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.

Free Speech steht hier nicht für die gleichnamige Bewegung an den US-amerikanischen Universitäten in den 1960er Jahren, sondern wird viel weiter gefaßt, als aufklärerisches Ideal der freien Rede durch freie Bürger in einer freien Gesellschaft.

Das steht am Anfang einer Entwicklung, deren negativer Endpunkt heute die sogenannte "Haßrede" oder Hate Speech ist. In den meisten Fällen ist das ein rein denunziatorischer Begriff.

Was steht nun in diesem Vertrag? Ich will es Ihnen kurz zitieren. Als Ziel 17 wird in diesem Vertrag die "Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration" genannt. Das mag sich für das arglose Ohr noch irgendwie akzeptabel anhören. Dann kommt aber als Nummer 33 die Verpflichtung für die unterzeichnenden Staaten:

"Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Das Ganze soll zu einer "konstruktiveren Wahrnehmung von Migration und Migranten" führen. Man ahnt schon, auf welche massive Zensur die Sache hinausläuft. Wer noch Zweifel hat, der wird durch den nachfolgenden Klartext belehrt:

"Wir werden a) Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten, die Haßstraftaten und schwerere Haßstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren ..." Die Beamten sollen also daraufhin "geschult" werden, diese Straftaten überhaupt erst zu erkennen. Man sieht leicht, welche Form von Meinungsäußerungen hier unter Strafe gestellt werden sollen, nämlich solche, die auf den ersten Blick noch gar nicht als Straftaten erkannt werden können.

Es soll mit anderen Worten eine Art Gehirnwäsche an den Beamten vollzogen werden. Auch die Medien sollen natürlich dementsprechend auf Linie gebracht werden, unter anderem "durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen- und begriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Wer-

bung" und durch Einstellung von Finanzierung solcher Medien, die diesen Standards nicht entsprechen und die sich damit der "Fremdenfeindlichkeit" und des "Rassismus" schuldig machen. Da wird Gesinnungsjournalismus von höchster Stelle aus installiert und herangezüchtet. In eine ähnliche Richtung geht die Europäische Kommission.

In einem sogenannten "Fact Sheet" zur erwähnten "Bekämpfung von Desinformation im Internet" vom 26. April 2018 steht: "Die Kommission fordert die Plattformen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation spürbar zu verstärken." Es wird ein "ehrgeiziger Verhaltenskodex" gefordert, der die "Selbstregulierung" unterstützen soll. Und dann, als unverhohlene Drohung: "Sollten sich die Ergebnisse nicht als zufriedenstellend erweisen, könnte die Kommission weitere, auch regulatorische Maßnahmen vorschlagen."

Wir müssen uns im Klaren sein: Dieser Prozeß ist im vollen Gange und die AfD tut im Bundestag alles, um darüber aufzuklären und ihn aufzuhalten. Im Ausschuß für Kultur und Medien, dem ich als Obmann der AfD-Fraktion angehöre, ist das eines der Hauptthemen. Es ist völlig klar: Unterhalb dieser wohlklingenden Phrasen, die schon ihre eigentliche Intention, wenn man genauer hinhört, erkennen lassen, geht es um totalitäre Kontrolle der öffentlichen Meinung und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger. Dagegen ist Widerstand nötig.

2) Die politisch motivierte Einschränkung der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit greift unmittelbar Artikel 1 Grundgesetz an: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Diese Würde liegt nämlich im geistigen Teil des Menschen begründet, zu dem, philosophisch gesehen, unabdingbar auch die (praktische und transzendente) Freiheit gehören. Das kann mit Verweisen auf die deutschen Idealisten Kant und Fichte gezeigt werden, deren Philosophien die Verfasser unseres Grundgesetzes inspiriert haben.

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit über die bestehenden Straftatbestände Verleumdung, üble Nachrede und Volksverhetzung hinaus beleidigt den Menschen in seinem geistigen/freien Wesen und widerspricht damit der freiheitlich-demokratischen Kultur der Aufklärung. Das ist ganz wichtig. Die Verletzung der Menschenwürde wird häufig mit der Einschränkung der körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in Verbindung gebracht. Niemand darf hungern und frieren, jeder braucht ein Dach über dem Kopf und so weiter. Das ist alles schön und gut und richtig.

Aber der geistige Teil des Menschen, der den Menschen eigentlich zum Menschen macht, nämlich die Fähigkeit, frei zu urteilen, seine Meinung zu bilden und sich zu äußern, ist eigentlich der Kern der Menschenwürde. Insofern werden wir alle in unserer Menschenwürde beleidigt, wenn wir von unserer Regierung derart gegängelt und in unserer Redefreiheit eingeschränkt werden.

Ich will nur stellvertretend aus der Vorlesung "Über die Würde des Menschen" aus dem Jahr 1794 von Johann Gottlieb Fichte zitieren, der mit allerhöchstem Pathos die Menschenwürde preist und nach einer langen Aufzählung, was die geistige Freiheit ausmacht und wie diese erst das geistige Licht in der Welt und in der Natur aufgehen läßt, zu dem Schluß kommt:

"Das ist der Mensch; das ist jeder, der sich sagen kann: Ich bin Mensch. Sollte er nicht eine heilige Ehrfurcht vor sich selbst tragen und schaudern und erbeben vor seiner eigenen Majestät! - Das ist jeder, der mir sagen kann: Ich bin." Ein hohes, vielleicht überspanntes Pathos, aber es markiert den glanzvollen Beginn unserer bürgerlichen Freiheitstradition. Vergleichen Sie das mit dem Tiefpunkt, an dem wir heute angekommen sind, und Sie können die eklatante Diskrepanz mit Händen greifen.

3) In der Spät- oder Post-Moderne herrscht schon seit längerem eine "neue Unübersichtlichkeit" dadurch, daß alle ehemals überschaubaren politischen Verhältnisse und Antagonismen in (oft mehrfacher) dialektischer Brechung vorliegen und sich mithin in paradoxer Gestalt präsentieren. Im Hinblick auf das Thema Meinungsfreiheit bedeutet das, daß deren Einschrän-

kung, einst von finsternen reaktionären Mächten betrieben, heute im Namen der Aufklärung, der freien, "toleranten" und "weltoffenen" Gesellschaft gefordert wird.

Das heißt, die Ideen und Begriffe, die im Morgengrauen der Aufklärung zur Emanzipation des Menschen aus geistiger Knechtschaft und politischer Unfreiheit hin zu einer Gesellschaft freier Bürger geführt haben, drohen jetzt zur Errichtung eines neuen geistigen Zwangsregimes mißbraucht zu werden.

Man kann das am Beispiel der Toleranz sehr gut nachvollziehen. Der Toleranzgedanke hat sich in seiner modernen Form in der religiösen Sphäre herausgebildet, zunächst ging es um die Gewissensfreiheit, die Martin Luther jedem Einzelnen zugestanden hat. Niemand kann nach Luther zwangsbekehrt werden, der Glaube an Jesus Christus ist ein Geschenk des Heiligen Geistes, er kann nicht mit Gewalt erzwungen werden.

Daraus ergibt sich die Gewissensfreiheit, aus der sich allmählich der Toleranzgedanke entwickelt hat. In der Aufklärungszeit wurde er über die religiöse Sphäre hinaus erweitert. Nicht nur die andere Konfessionen sollen jetzt toleriert werden, sondern auch andere Haltungen einschließlich des Atheismus. Andersdenkende insgesamt sind in ihrer Andersheit zu akzeptieren. John Locke ist hier zu erwähnen, als wichtiger Autor mit Schriften über die Toleranz, auch Voltaire, oder denken Sie an Nathan den Weisen von Lessing.

All das sind wichtige Meilensteine. Die europäische Aufklärung bringt eine enorme Aufwertung des Individuums mit sich, nämlich das glauben und denken zu können, was man will, wie auch öffentlich vertreten zu können, was der inneren Überzeugung und dem Gewissen entspricht. Für diese positive Toleranzhaltung, die wir uns in Europa erkämpft haben, und auf die wir stolz sein können, haben viele Männer und Frauen ihr Blut vergossen.

Wenn wir diesen Toleranzgedanken nun aber an eine Religion oder Kultur wie den Islam herantragen, der die Aufklärung und diese Kämpfe nicht durchgemacht hat, dann erwachsen daraus ernsthafte Probleme. Es gibt nämlich berechtigten Grund zur Sorge, daß der Islam, sobald seine Anhänger in der Mehrheit oder auch nur zahlreich genug sind, die Toleranz nicht üben wird, die seine Funktionäre jetzt noch so wohlfeil im Munde führen. Darauf aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines jeden wachsamem Staatsbürgers und frei denkenden Menschen.

Kein Geringerer als der erzliberale Philosoph Karl Popper hat das Prinzip dazu in seinem Buch aus den 1940er Jahren "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" formuliert. Er plädiert darin für die offene, tolerante Gesellschaft, benennt aber auch eine klare Grenze der Toleranz. Man müsse gegen die Intoleranten selbst Intoleranz üben, weil diese sonst die tolerante und offene Gesellschaft am Ende zerstören werden!

Wir, die AfD und alle, die ihr geistig nahestehen, warnen seit Jahren vor solchen Entwicklungen, blicken auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem Islam verbunden sind, und sagen klar: keine Toleranz gegenüber den Intoleranten! Die schlechten Erben der Aufklärung, die Linken, greifen uns dafür an, denunzieren uns als die Feinde der offenen Gesellschaft und pervertieren damit vollkommen den Toleranzgedanken.

In ihrem Mund ist "Toleranz" zu einem Ekelwort geworden, das wir nicht mehr hören können, weil sein ursprünglicher Sinn vollkommen entstellt wurde. Toleranz heißt Respekt vor dem Individuum, nicht Vergötzung von Kulturen, die die Individual- und Freiheitsrechte mit Füßen treten.

4) Den Grundgedanken einer solchen "Dialektik der Aufklärung" - daß eine gut gemeinte Tendenz zur Emanzipation aus erniedrigenden und unterdrückenden Verhältnissen am Ende in eine Welt führt, die "im Zeichen triumphalen Unheils strahlt" - haben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem gleichnamigen Buch aus den 1940er Jahren klassisch umrissen. Daß die Erben der "Kritischen Theorie" heute selbst dazu beitragen, eine "Dialektik der Aufklärung" innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie dergestalt zu wiederholen, daß sie den Idealen und Zielen der Aufklärung - oftmals bona fide - zuwiderhandeln, kann als ironi-

sche Bestätigung der Thesen Adornos und Horkheimers betrachtet werden. Was ist damit gemeint?

Die These von Horkheimer und Adorno besagt, daß der Vernunftgebrauch, der den Menschen befreien und aus unterdrückenden Verhältnissen herausführen sollte, am Ende dazu geführt hat, daß er sich in den schlimmsten gegenseitigen Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnissen wiederfindet.

Das Buch ist während des Zweiten Weltkriegs geschrieben, wodurch man vielleicht versteht, wie diese düstere Sicht zustande kommt. Philosophisch ist das natürlich eine hochumstrittene These, gegen die man vieles einwenden kann. Die Erben der Kritischen Theorie, die heutigen Linken, sorgen aber verstörender Weise dafür, daß genau das eintritt, was Adorno und Horkheimer beschrieben haben.

Man könnte auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung sprechen. Die linke Art des "Vernunftgebrauchs" führt in eine Welt, in der man sich nicht mehr frei äußern kann und in der wir Angst haben müssen, daß unsere Autos angezündet werden oder Schlimmeres geschieht. Das ist eine ironische "Dialektik der Aufklärung" zweiten Grades, herbeigeführt von der Linken selbst. Soweit meine Pointe für die philosophisch Interessierten.

5) Anhand des Weges von Free Speech (wie von Baruch de Spinoza, John Locke, Voltaire, John Stuart Mill und anderen theoretisch begründet) zu Hate Speech (ein aus den USA stammender und dort u.a. von Catharine MacKinnon, Charles Lawrence, Mari Matsuda und Richard Delgado prominent vertretener politischer Kampfbegriff) läßt sich die "Dialektik der Aufklärung" neueren Typs gut veranschaulichen:

Wo früher großmütig auch explizit falschen und anstößigen Positionen das Recht zur öffentlichen Verlautbarung zugestanden wurde, wird heute der böse Blick des Verdachts auf immer zahlreichere Meinungsäußerungen geworfen, schreitet die Kriminalisierung und Pathologisierung "politisch unkorrekter" Äußerungen - als "Haßverbrechen" - immer weiter voran.

Das Konzept der Haßrede wurde an den Universitäten der USA ausgebrütet und ist inzwischen auch in Europa in die Phase der politischen Umsetzung eingetreten. Das heißt, man versucht es in Gesetze zu gießen und Straftatbestände daraus zu konstruieren. Sprachphilosophisch gesehen basiert es auf der problematischen Annahme, es gäbe Sprechakte, die unmittelbar zugleich Taten sind. Anders gesagt, es gäbe Äußerungen, die für sich genommen schon ein Verbrechen, ein sogenanntes Haßverbrechen, darstellen.

Man nimmt also an, daß diese Worte so sehr verletzen, daß sie der Schwere nach einer Körperverletzung gleichkämen. Damit wird aber die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit derjenigen, die sich von diesen Worten verletzt fühlen, zum Maßstab dessen gemacht, was noch erlaubt ist und was nicht mehr erlaubt ist, was, wie es heißt, "politisch korrekt" ist.

Gemeint sind die "Schneeflocken-Studenten", die sich an den amerikanischen Universitäten tummeln und die sich von der kleinsten Andeutung einer Herabsetzung beispielsweise ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts schon derart verletzt fühlen, daß sie sich in sogenannte "Safe Spaces", Schutzräume, flüchten müssen, wo sie sich dann erholen können. Diese Art von Kinderzimmern wird in den USA ganz offiziell an den Universitäten installiert.

Ganz so weit ist es bei uns noch nicht, aber wir sind auf dem besten Weg dorthin, und dem muß unbedingt Einhalt geboten werden, weil hier ein ernsthafter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit stattfindet. Es werden bereits literarische Klassiker von potentiell anstößigen Stellen gereinigt, mit "Trigger Warnings" ausgestattet, oder aus Rücksicht auf zartbesaitete Seelen ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Daher gilt:

6) "Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden." Das darf aber nicht nur innersozialistisch gelten, wie von Rosa Luxemburg ursprünglich gemeint, sondern universell. Da gerade der Andersdenkende im Verdacht steht, von Haß getrieben zu sein, öffnet ein Straftatbestand "Haßrede" einer giftigen Verdachtshermeneutik Tür und Tor und liefert den Regierungen die

Gelegenheit, unliebsame politische Gegner durch Kriminalisierung zu bekämpfen, den demokratischen Meinungsstreit damit zu suspendieren.

Um das zu vertiefen, müßte man ein Buch des russischen Philosophen Boris Groys aufschlagen: Unter Verdacht: Eine Phänomenologie der Medien. Dort könnte man lernen, daß die Medien bereits ihrer Struktur nach so angelegt sind, daß sie derartige Unterstellungen, Projektionen und Verdachtsstimmungen extrem befördern.

Das Internet ist der ideale Nährboden für Verschwörungstheorien. In diesen Medienräumen, in denen man nie weiß, wer eigentlich dahintersteckt, wer der Urheber der Texte und Bilder ist, die da auf den medialen Oberflächen aufflackern, kann das Nazi-Phantom natürlich wunderbar gedeihen und geistern. Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man kriegt ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muß ich gestehen.

Die Neonazi-Gruppen sind ein unappetitliches Phänomen, aber überschaubar und sämtlich polizeibekannt. Dennoch geistert das Nazi-Phantom auf den Medien-Oberflächen herum und suggeriert Allgegenwart. So kann eine inflationäre Nazi-Vermehrung stattfinden und die AfD dieser Hexenjagd unterzogen werden, die wir tagtäglich erleben.

Als Rechtfertigung für die Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffe und beruflichen Diskriminierungen, die wir ertragen müssen, wird angeführt, die AfD würde "Haß schüren". Einen Beweis bleibt man schuldig. Wenn dagegen die Antifa und ihre linken Freunde auf den Straßen Berlins oder anderswo lautstark die Parole skandieren "Ganz Berlin haßt die AfD!", dann gilt das nicht als Haßrede. Seltsamer Widerspruch.

7) Die Verurteilung von Hate Speech hat einen berechtigten Kern. Dem ist im bisherigen deutschen Strafrecht durch §§ 185 bis 188 StGB aber schon hinreichend Rechnung getragen (üble Nachrede, Verleumdung usw.). Darüber hinaus ist es nicht möglich, einen etwaigen Straftatbestand oder Zensurgrund "Haßrede" definitorisch so einzugrenzen, daß er nicht zumindest grob mißbrauchsanfällig wäre und die Gründe, die gegen ihn sprechen, deutlich überwögen.

Das läßt sich anhand der Beispiele für Hate Speech der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung oder Landesmedienanstalten deutlich machen. Auf einem übersichtlichen Informationsblatt, das auch im Internet zu finden ist, sind folgende Musterbeispiele für Hate Speech aufgeführt:

1. "Bewußte Verbreitung uninformatierter oder falscher Aussagen", wie zum Beispiel: "Flüchtlinge haben alle teure Handys" oder "Flüchtlinge müssen im Supermarkt nicht bezahlen". Man sieht: Das sind keine groben Beleidigungen, sondern eher generalisierende Tatsachenbeobachtungen.

Sehr viele sogenannte Flüchtlinge sind tatsächlich mit Handys unterwegs, daher auch die massenweise Verbreitung der "Merkel-Selfies" als Einladungssignale in alle Welt. Auch gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge im Supermarkt nicht bezahlt haben, da die Verkäuferinnen aus einem falsch verstandenen Toleranzgedanken heraus angewiesen wurden, das einfach zu tolerieren. Das namhaft zu machen, gilt jetzt als "Haßrede". Generalisierung ist verboten, es handelt sich sämtlich um "Einzelfälle", egal wie gehäuft sie vorkommen.

2. "Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster" wie zum Beispiel: "Homo-Lobby", "Asylantenflut", "Das Boot ist voll", "Ausländer raus" oder "drohende Islamisierung". "Ausländer raus" ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muß, ist eine andere Frage.

Zu "drohende Islamisierung" folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minarett? Berechtigte Kritik daran und sogar die Tatsachenbeobachtung selbst sollen

als Haßrede diffamiert und verboten werden. Das steht ganz klar im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit.

8) Ein (selten vernommenes) Hauptargument gegen das Konzept der "Haßrede" ist die Schwierigkeit, die Emotion des Hasses von der des Zorns - der ein "gerechter" sein kann, wenn er sich auf tatsächliche Mißstände bezieht -, klar genug abzugrenzen.

Wer auch den "gerechten Zorn" verbieten will, erzieht die Bevölkerung zu politischer Lethargie und zu lämmerhaftem Duldertum gegenüber Willkürherrschaft und Unterdrückung. Auch dies ist ein Anschlag auf die Menschenwürde und eine Anleitung zur politischen Unmündigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich des Öfteren von der antiken Seelen-Lehre gesprochen und dort den Thymos hervorgehoben, der neben dem Logos und dem Eros einer von drei Seelen-Bereichen ist, wie klassisch bei Platon beschrieben.

Während der Logos der vernünftige Teil und Eros der begehrende Teil des Menschen ist - der Teil, der uns auch zu Konsumenten macht -, umfaßt der thymotische Teil alles, was mit Stolz, mit Ehre mit Gerechtigkeitsinn, mit Zorn wie auch den übleren Emotionen in dieser Richtung zu tun hat. Dieser thymotische Bereich ist der des Politischen, in dem sich die Kämpfe um Macht und Anerkennung abspielen.

Dazu eine kleine Anekdote. Ich war vor kurzem zu einem Podiumsgespräch bei der "Deutschen Welle" eingeladen, an dem auch Frau Thea Dorn teilnahm - ihr Künstlernamen leitet sich übrigens von Theodor W. Adorno ab. Frau Dorn verkündete zu diesem Thema tatsächlich, daß der Thymos in der Politik keine Rolle spielen dürfe, das führe nur zu übler Aufhetzung des Volkszorns.

Genau diese Haltung liegt dem zugrunde, was als "Postpolitik" bezeichnet worden ist. Die Bürger sollen sich nicht mehr leidenschaftlich engagieren. Sie sollen zu leicht manipulierbaren, indoktrinierbaren Konsumenten erzogen werden, die von den Medien und der Politik mit den Phrasen versorgt werden, die ihnen vorgaukeln, sich als denkende und vor allem auch moralisch hochstehende Personen zu begreifen. Während in Wahrheit die Voraussetzung für Denken wie auch für Moralität die geistige Freiheit ist, die ihnen aberzogen wurde.

Ich fühle mich da immer an Monty Pythons Film "Das Leben des Brian" erinnert. In einer Szene versucht Brian, der zu seinem großen Verdruß für den Messias gehalten wird, dem Volk zu erklären, daß es nicht nötig ist, einem Messias zu folgen, und die Leute zum Selbstdenken zu animieren. Er sagt: "Ihr seid doch alle Individuen. Und jeder von euch sollte versuchen, es für sich selbst rauszufinden".

Und unten steht die Masse, und antwortet wie aus einem Mund: "Ja, wir sind alle Individuen. Und wir sollten versuchen, es für uns selbst rauszufinden." Zu einer solchen Masse sollen wir heute systematisch erzogen werden. Die Parolen der Aufklärung phrasenhaft wiederholend - und damit deren Sinn Hohn sprechend.

9) Weitere, vor allem sprachphilosophisch fundierte Argumente gegen die Kriminalisierung oder Zensur von Hate Speech hat Judith Butler, die Hohepriesterin des Genderismus, in ihrem Buch "Haß spricht" von 1997 vorgelegt. Als sie 2011 den Adorno-Preis in Deutschland verliehen bekam und aus diesem Anlaß absurderweise des Antisemitismus bezichtigt wurde, hat sie sich mit Argumenten verteidigt, die auch in der heutigen Debatte um angebliche "Haßverbrechen" Gültigkeit besitzen.

Das hinderte Frau Butler allerdings nicht, gegen den Auftritt des Aktivisten Milo Yiannopoulos an der Universität Berkeley wie auch gegen meinen Auftritt am Hannah Arendt Center in New York (am 12.10.2017) zusammen mit anderen US-Intellektuellen in einem offenen Brief zu protestieren. Folgendes Zitat stammt aus einem früheren Aufsatz von Frau Butler, sie nahm darin den Autor Lawrence Summers in Schutz, der als Antisemit bezeichnet wurde, weil er Israel-Kritik geübt hatte. Ins Deutsche übersetzt stand da:

"Was gebraucht wird, ist ein öffentlicher Raum, in dem solche Themen überlegt debattiert

werden können, und es gilt zu verhindern, daß dieser Raum von bestimmten Arten des Ausschlusses und der Zensur definiert wird. Die Welt des öffentlichen Diskurses wäre eine, von der kritische Perspektiven ausgeschlossen wären - wenn es Zensur gäbe - und die Öffentlichkeit würde dahinkommen sich selbst so zu verstehen, daß sie im Angesicht von offensichtlicher und illegitimer Gewalt nicht frei spricht. "

In meinem Vortrag am Hannah Arendt Center in New York sagte ich unter anderem, daß die Juden in Frankreich heute das Land in großer Zahl verlassen und zwar nicht wegen der Populisten, sondern weil sie zunehmend von muslimischen Antisemiten attackiert werden. Die illegale Masseneinwanderung hat zu vielen Gewaltverbrechen und zu einer Erhöhung der Kriminalitätsrate geführt. Genau das wird mir nun von Frau Butler und ihren Gesinnungsgenossen als Islamophobie, als Rassismus ausgelegt, und meine Einladung an das Hannah Arendt Center in einem offenen Brief scharf kritisiert und als Fehler bezeichnet. Das zeigt in aller Deutlichkeit:

10) Es fällt der linksliberalen akademischen Welt äußerst schwer, ihren eigenen besten Einsichten in Bezug auf die Meinungsfreiheit im Angesicht tatsächlich "anderer" Meinungen treu zu bleiben. Ihr habituelles Anlegen doppelter Standards - je nachdem ob die "Guten" oder die "Bösen" sprechen -, läßt ein Konzept wie Hate Speech als Teil einer übergeordneten politischen Agenda erscheinen, in der es nicht um die Durchsetzung universeller Menschenrechte, sondern um die Interessen- und Machtpolitik wohldefinierter Gruppen geht.

An dieser Stelle noch ein Verweis auf das Buch "Haß spricht" von Judith Butler, das interessanterweise ein starkes Plädoyer für eine möglichst weitreichende Redefreiheit enthielt - damals, 1997, als sie sich noch in der Minderheit wähnte. In einer rezenten Besprechung des Buches heißt es dazu: Dieses Plädoyer Butlers "erfolgt aus der Überzeugung, daß die Mächtigen auch in der Zensur Wege finden, ihre Position zu vertreten.

Nur wenn der Möglichkeitsraum weit offengehalten wird, haben die Minoritäten eine Chance, gehört zu werden. Man kann, so Butler, der Instrumentalität des Sprechens nicht entgehen. Versucht man es doch, läuft es auf eine Zensur hinaus, in der der Zensor gewollt oder ungewollt seine Kategorien zur universellen Moral erhebt."

Schöne Worte. Sobald sie an der Macht sind, erheben die Linken ihre Kategorien allerdings zur universellen Moral und werden ihren früheren Bekenntnissen untreu. Es gibt letztlich keine universelle Moral. Und wenn es sie gibt, dann ist sie sozusagen nur von der göttlichen, aber von keiner menschlichen Position aus einsehbar. Es sind immer Interessen, die die Position dieser Allgemeingültigkeit für sich präbendieren und usurpieren, die beanspruchen, die Kriterien dafür zu definieren. Sobald das geschieht, begeben wir uns auf den Weg in eine totalitäre Gesellschaft.

Das droht heute und das gilt es zu verhindern. Wahrer Liberalismus, der fast schon ausgestorben ist, besteht darin, an diesem Punkt Widerstand zu leisten. Mir scheint, daß für die Linken selbst gilt, was diese immer über den Kapitalismus behauptet haben, nämlich der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Die Linke wird an ihren Widersprüchen zugrunde gehen!

11) Freiheit ist eine Frage der Form, nicht der Inhalte. Es gilt daher zu verhindern, daß sich der öffentliche Raum in ein nur noch machtgetriebenes politisches Kampffeld verwandelt, in dem die linksliberalen Kräfte Beute der Linksradiكالen und die freiheitlich-rechten Kräfte Beute der Rechtsradikalen werden, was eine unversöhnliche und gefährliche Polarisierung zur Folge hat - ihre Auswirkungen sind bereits sichtbar. Alle, denen am Erhalt der liberalen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelegen ist, sollten daran mitarbeiten, den Raum des Diskurses, in dem die besten Argumente gewaltfrei miteinander ringen, möglichst weit offen zu halten.

Deswegen sind Veranstaltungen wie die heutige, ist die gesamte Arbeit der Desiderius-

Erasmus-Stiftung so wichtig. Denn genau das geschieht hier: ein Offenhalten des Diskursraumes in Zeiten sich verengender Spielräume. ...

Jongen, Marc, geboren 1968, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, stellvertretender Landessprecher der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg. ...<<

>>... **Der lange Marsch in die Erziehungsdiktatur**

Von Karlheinz Weißmann

Sechs Stellungnahmen:

1. "Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft."
2. "Daß der durchschnittliche IQ der Schwarzen um eine Standardabweichung, also 15 Punkte, niedriger liegt als der der Weißen, kann als Faktum gelten. Ebenfalls klar sind die statistischen Implikationen: Unter den Weißen befinden sich ... siebenmal so viele Hochintelligente (mit einem IQ über 115) wie bei den Farbigen; unter den Farbigen siebenmal so viele Schwachsinnige (mit einem IQ unter 70) wie bei den Weißen."
3. Hitler hat "so viele Deutsche wie Juden getötet ... Ich kann nur sagen, daß wir bestrebt sind, diese Zeit der Greuel, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen".
4. Es ist "Propaganda", über die Wehrmachtssoldaten zu sagen, ihr "Militärdienst sei eine Art von Verbrechen gewesen, weil Verbrecher die oberste Kommandogewalt besessen hatten". Von denen, die im Kampf starben, gilt, daß sie "glauben durften, daß ihr Kämpfen Deutschland vor dem Äußersten noch rette." "Im Elementaren sind die Kräfte des soldatischen Wesens durch die Jahrhunderte die gleichen geblieben: Mut, Tapferkeit, Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch, Kameradschaftlichkeit, Hilfswilligkeit in Notlagen."
5. Entscheidend ist, daß sich jeder "zutiefst der einzigartigen sittlichen und völkischen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewußt wird und damit in eine gemeinsame Kampffront für unsere Familie eintritt".
6. "Erhaltung muß den Umsturz ablösen! Um der bewahrenden Weltanschauung Bahn zu schaffen, haben wir uns zu einer Partei der Rechten ... zusammengeschlossen." Zumindest die beiden ersten Zitate dürften erhebliche Irritation auslösen. Aber das war beabsichtigt: Irritation regt zum Nachdenken an.

Zum Nachdenken darüber, unter welchen Umständen es möglich war, daß derlei von einem Sozialdemokraten, dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau geäußert wurde. Das war 1992, während die zweite Stellungnahme sich in der Zeit fand, fast zwanzig Jahre früher, 1974, in einem Aufsatz ihres Redakteurs, des renommierten Wissenschaftsjournalisten Dieter E. Zimmer.

Der behandelte die genetischen Unterschiede zwischen menschlichen Großgruppen, gemeinhin und immer noch "Rassen" genannt. Die dritte Stellungnahme - zur Notwendigkeit, die im deutschen Namen begangenen Verbrechen "der Vergangenheit (zu) überlassen" - auf Konrad Adenauer zurückgeht. Er hat sie bei seinem Besuch in Israel 1966 formuliert.

Nachdem der israelische Ministerpräsident ihm erklärt hatte, daß keine Wiedergutmachung je bewirken werde, daß die Schuld der Deutschen gesühnt sei. Adenauer reagierte darauf mit der Drohung, seinen Besuch sofort abubrechen. Er ließ sich nach einer Entschuldigung aber dazu bewegen, lediglich seine Auffassung zu bekräftigen und öffentlich zu machen.

Die vierte Stellungnahme - die über den deutschen Soldaten - geht auf Theodor Heuss zurück, erster Bundespräsident, ein Liberaler reinsten Wassers, ungedient, "Nur-Zivilist". Nebenbei sei erwähnt, daß Heuss besonders stolz auf seine Freundschaft mit Eberhard Wildermuth war, eine "soldatische Natur", wie Heuss betonte, im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen ausgezeichnet, im Zweiten mit Ritterkreuz und Deutschem Kreuz in Gold.

Die fünfte Stellungnahme, die zur "völkischen Aufgabe" der Familie, geht auf Franz-Josef

Wuermeling zurück, gläubiger Katholik, in der NS-Zeit wegen seiner Haltung aus dem Staatsdienst entlassen. Der Passus gehört zu einer Rede, die er als Familienminister in den fünfziger Jahren im Bundestag gehalten hat. Das letzte Stück, das über die "Partei der Rechten", findet sich im Manifest der Rechten.

Unter der Bezeichnung lief das Programm der "Deutschen Rechtspartei - Konservative Vereinigung", die unmittelbar nach Ende des Krieges von der britischen Besatzungsmacht zugelassen wurde und mit dem Slogan "Wählt rechts!" und Schwarz-Weiß-Rot warb. Maßgeblichen Anteil an diesem im Frühsommer 1945 abgefaßten Text hatte Hans Zehrer.

Zehrer gehörte zu den einflußreichsten Journalisten der Weimarer Zeit, er war der Kopf des "Tat-Kreises", fiel aber nach der Machtübernahme Hitlers unter Berufsverbot, da er die Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau verweigerte. In der Bundesrepublik sollte er wieder in eine Schlüsselposition des Pressewesens aufsteigen, unter anderem als engster Berater Axel Cäsar Springers. Ihm war der Aufbau der "Bild", der "Welt" und der "Welt am Sonntag" zu verdanken.

Was soll diese Zusammenstellung? Sie soll etwas deutlich machen, das immer wieder und rasch vergessen wird. Daß nämlich die heute geltenden Denk- und Sprachregelungen nichts weniger als selbstverständlich sind. Daß die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, daß die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, daß der Soldat, auch der deutsche des Zweiten Weltkriegs, Anspruch auf Wahrung seiner Ehre hat, daß die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines Volkes haben und daß es da, wo es eine Mitte und eine Linke gibt auch eine Rechte geben sollte, das alles steht heute unter Tabu.

Aber nicht auf Grund einer Art Naturgesetz, sondern weil es im Bereich dessen, was man "öffentliche Meinung" nennt, eine bestimmte Machtverteilung gibt. Öffentliche Meinung ist nichts weniger als eine selbstverständliche Größe. Goethe hat sich schon über "die Verfasser von Zeitschriften und Tagblättern" amüsiert, die das Publikum glauben machten, sie bildeten den "wahren Gerichtshof".

Denn von Unparteilichkeit oder Gerechtigkeit des Urteils ist bei den Meinungsmachern keine Rede. Vielmehr ergibt sich die Menge dessen, was sie als relevant und richtig und gut, wie die Menge dessen, was sie als irrelevant und falsch und böse betrachten, auf Grund von Kräfteverhältnissen; Kräfteverhältnisse zwischen denen, die auf die Verbreitung von Meinungen Einfluß nehmen können.

Im Regelfall, zum Beispiel in der alten Bundesrepublik, handelt es sich um Konkurrenten mit je verschiedenen Auffassungen. Wenn ich mich an meine Jugend und die Studentenjahre erinnere, habe ich immer noch den Eindruck, als ob wir eine Dauerdebatte geführt hätten. Am Küchentisch und beim Familientreffen, am Rand der Klassenfete und im Konfirmandenunterricht, in der Deutschstunde und im Oberseminar, unter Freunden und bei Vortragsveranstaltungen.

Die Kontroversen waren heftig, ernsthaft, wenn es gut ging, eine Art Duell, wenn es schlecht lief, auch verletzend, aber im Regelfall von der Überzeugung getragen, daß es zwar nicht auf jedes Argument von jedem ankomme, aber doch darauf, daß zu Gehör gebracht werde, was jemand meinte. Etwas wie "politische Korrektheit" wäre damals nicht vorstellbar gewesen, sondern sofort als das entlarvt worden, was es ist: Zensur.

Wie anders heute. Was eine freie Debatte bedeutet, ist praktisch vergessen. Man darf nur noch äußern, was denen gefällt, die die Uniformierung des Denkens vorangetrieben haben, oder man akzeptiert Ausgrenzung und Ächtung oder legt sich ein sehr dickes Fell zu. Das, was uns gegenwärtig als Öffentliche Meinung geboten wird, spiegelt nicht mehr verschiedene denkbare Positionen, sondern nur noch eine, bestenfalls als Thema mit Variationen. Aus der Machtverteilung ist ein Machtmonopol geworden, und die "Torhüter" (Walter Lippmann) in den

Reihen der Meinungsmacher sorgen dafür, daß es erhalten bleibt.

Die Menge des Meinbaren wird dadurch immer kleiner. Es gibt ausgesprochene wie unausgesprochene Denk- und Sprechverbote, manchmal nur als Schere im Kopf, aber von Fall zu Fall auch in juristische Form gebracht, strafbewehrt, um bestimmte Positionen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch ihre Träger mundtot zu machen.

Wenn also nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach annähernd zwei Drittel der Bürger überzeugt sind, man müsse heute "sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert", dann hat das mit einer Menge an Vorgaben und Normen zu tun, die dazu führen, daß der Einzelne vielleicht noch im privaten Kreis, aber nicht coram publico auf bestimmte Art und Weise zu Einwanderung, Islam, der NS-Zeit, den Auswirkungen der Gender-Ideologie oder der Rolle der AfD Stellung nehmen kann. Interessanterweise zeigt sich auch die Hälfte der Befragten überzeugt, daß dieser Zustand neu ist und immerhin 41 Prozent vertreten die Auffassung, daß das, was man "Political Correctness" nennt, auf inakzeptable Weise die Meinungsfreiheit einschränkt.

Political Correctness ist eine Formel, die zuerst in den USA gebraucht wurde. Dort gehört sie seit den 1980er Jahren zu den Kampfbegriffen linker Kulturkrieger. Das Konzept eines Kulturkrieges oder einer Kulturrevolution hatte die Linke in der Nachkriegszeit entwickelt, als sich immer deutlicher abzeichnete, daß es keine Revolution im Sinne von Karl Marx geben werde. Die Arbeiter kamen als Träger des Umsturzes nicht mehr in Frage, sondern hatte sich auf die Seite des "Systems" geschlagen, die sozialistischen oder kommunistischen Parteien waren in den Vereinigten Staaten bedeutungslos.

Also entwickelte man den Gedanken, die nach wie vor bestehenden "Randgruppen" - alle irgendwie Diskriminierten, von den Schwarzen über die Homosexuellen und Behinderten bis zu den Frauen - gegen die bestehende Ordnung zu mobilisieren und gleichzeitig einen Angriff nicht von der Basis aus, sondern vom Überbau zu führen.

Der wichtigste Theoretiker dieses Ansatzes war Herbert Marcuse. So undeutlich vieles in seiner Konzeption blieb, eines war ihr unschwer zu entnehmen: Sollte die Menschheit in das "Reich der Freiheit" gelangen, das Marx als Ende der Geschichte verheißen hatte, mußte der Kapitalismus zerstört werden. Dazu war die Anwendung von Gewalt legitim, aber es ging auch darum, schon jetzt, noch vor dem großen Kladderadatsch, Einfluß auf die Köpfe zu gewinnen.

Da Marcuses Anhänger in erster Linie Studenten und junge Akademiker waren, hörten sie diese Botschaft mit Begeisterung, und sie machten sich noch eines seiner Argumente zu eigen: daß in Vorbereitung der "freien Association" eine Phase der Unfreiheit unumgänglich sei. Nur dachten sie weder an die Diktatur des Proletariats noch an die Diktatur einer Kaderpartei. Was sie sich vorstellten, war eine "Erziehungsdiktatur".

In seinem 1964 zuerst erschienenen Buch "Der eindimensionale Mensch" schrieb Marcuse noch etwas zögernd von deren Notwendigkeit. Aber er machte deutlich, daß die - selbstverständlich zeitlich begrenzte - Beseitigung von Demokratie und Freiheit notwendig sei, um das Ziel der Emanzipation des Menschengeschlechts zu erreichen.

Die "Erziehungsdiktatur" sollte die Macht an eine Elite übertragen, aber nicht an eine böse und selbstsüchtige und reaktionäre Elite, sondern an eine gute und selbstlose und progressive, die die dumpfe Masse in eine lichte Zukunft führen könnte. Deutlicher wurde Marcuse in einem Interview, das er drei Jahre später dem Spiegel gab. Da hieß es dann ganz unverblümt, daß es darum gehe, die Menschen "umzuprogrammieren", daß es deshalb notwendig sei, all diejenigen an Einflußnahme zu hindern, die "reaktionäre" oder "faschistische" Positionen verteidigten.

Die "Erziehungsdiktatur" werde ihnen weder Meinungs- noch Rede- noch Pressefreiheit zubilligen, da sie sich dem gesetzmäßigen Gang der Geschichte in den Weg stellten. Erst an dessen

Ende stehe ein Zustand wahrer Freiheit: "Ich glaube", hieß es bei Marcuse, "daß die Revolution zu einer Erziehungsdiktatur tendiert, die sich in ihrer Erfüllung aufheben würde." Diese Vorstellung, daß die Linke als Agentin der Geschichte den Fortschritt antreibe und deshalb das Recht habe, darüber zu entscheiden, was gemeint werden darf und was nicht, war Marcuse keineswegs als erstem eingefallen. Sie steht in einer langen Tradition.

Die beginnt natürlich bei Rousseau und seiner Behauptung, daß die Feststellung der *volonté générale* - des "Gemeinwillens" nicht das Ergebnis von Abstimmungen sein muß. Vielmehr könnten wenige oder ein Einzelner besser als die vielen oder alle wissen, was denn dieser "Gemeinwille" sei. Sie setzt sich fort mit dem, was Rousseaus Schüler Robespierre und Saint-Just während der Französischen Revolution in die Praxis umsetzten. Robespierre unterschied ausdrücklich zwischen "bürgerlicher" - also konkreter - und "politischer" Freiheit, die er nur dem zubilligte, der den Terror der Jakobiner unterstützte.

Seinem Freund Saint-Just wird die Formel zugeschrieben "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit", und selbstverständlich bestimmten er und seine Gesinnungsgenossen, wer ein "Feind der Freiheit" sei; oft genügte der bloße Verdacht und dem Verdächtigen blieb nichts als der Weg aufs Schafott. Eine ganz ähnliche Vorstellung vertrat auch Rosa Luxemburg mit ihrer berühmten Forderung "Freiheit ist immer zuerst die Freiheit des Andersdenkenden". Denn ihr ging es keineswegs um eine Art Toleranzprinzip, ihr ging es nur um Meinungsfreiheit innerhalb der kommunistischen Bewegung. Von der Freiheit des politischen Gegners war keine Rede.

Angesichts dessen erscheint nur konsequent, daß die glühenden Anhänger Marcuses, die Träger der amerikanischen APO der 1960er Jahre, zwar mit massivem Nachdruck Free Speech - "Freie Rede" forderten, aber jeden niederbrüllten oder attackierten, der anderer Auffassung war als sie. Ein Verhalten, das ihre deutschen Kommilitonen genauso brav kopiert haben wie alles andere, was zur 68er-Bewegung führte, unter Einschluß jenes Prozesses einer schleichenden Machtübernahme da, wo Meinungen gebildet, geformt und verbreitet wurden.

Dieser Vorgang ist in den letzten zwanzig Jahren allmählich an sein Ziel gekommen. Der Politisch-Mediale Komplex, mit dem wir es heute zu tun haben, hat ein Denken von nie dagewesener Einförmigkeit erzeugt, und sich ein breites Instrumentarium verschafft, mit dessen Hilfe unliebsame Auffassungen und die Träger unliebsamer Auffassungen ausgeschaltet werden können.

Wie das vor sich geht, läßt sich an Hand einer beliebigen Zahl von Beispielen aus der jüngsten Zeit illustrieren: die Amtsenthebung Roger Scrutons als Vorsitzender der Königlichen Architekturkommission auf Grund der Denunziation einer linken britischen Zeitschrift, des *New Statesman*, die ihm Islamo- und Homophobie sowie Rechtfertigung sexueller Gewalt unterstellte; die handgreiflichen Auseinandersetzungen anläßlich eines Vortrags von Camille Paglia an der Philadelphia University of the Arts, nachdem die Hochschulleitung dem Ansinnen einiger Trans-Aktivistinnen widerstanden und die Vorlesung der Kulturhistorikerin genehmigt hatte; die systematische Verfolgung des Historikers Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität, die bis ins Privatleben geht, durch eine trotzistische Sekte, die ihn wegen seiner scharfen Kritik der kommunistischen Diktaturen als Rechtsextremisten beschimpft; das massive Vorgehen sogenannter Wissenschaftler gegen Günter Nooke, den Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, der die Unterentwicklung des Schwarzen Kontinents auf das Fortbestehen von Clan- und Stammesstrukturen sowie die besondere Mentalität der Bevölkerung zurückgeführt hatte.

Aber das, was hier aufgezählt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sind dann auch noch die tagtäglichen Ausspähungen, Intrigen und Bedrohungen durch antifaschistische Blockwarte und die kulturellen Säuberungen: die Entfernung der Bücher Mark Twains aus amerikanischen Bibliotheken, weil darin das Wort "Nigger" vorkommt, der Comics von Hergé mit Tim

und Struppi aus britischen Jugendbüchereien, weil sie den Kolonialismus verherrlichten, und der älteren Ausgaben von Pippi Langstrumpf aus schwedischen Kindergärten, weil in denen von einem "Negerkönig" die Rede war; Frankreich streicht den Namen Charles Maurras aus dem Kalender der offiziellen Gedenktage, weil er ein "Reaktionär" war, und in der deutschen Verwaltung schreitet der Kampf gegen das generische Maskulinum fort.

Ohne Zweifel gibt es eine wachsende Kritik an dieser Entwicklung, aber sie kommt bisher kaum zur Geltung. Denn die Hüter der Öffentlichen Meinung haben sich in den letzten Jahrzehnten mächtige Positionen geschaffen und eine Rechtfertigung für ihr Tun entwickelt, die so schmeichelnd mit Begriffen wie "Aufklärung" und "Pluralismus", "Diversität" und "Menschenrechten" daherkommt.

Aber gelegentlich darf man doch einen Blick hinter die Kulisse werfen. Wenn etwa im Framing-Handbuch der ARD erwogen wird, bei der Gestaltung der Sendungen nach dem Prinzip "Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will" vorzugehen, oder der amerikanische Philosoph Bryan W. Van Norden für das Goethe-Institut ganz offen erklärt, daß das Verständnis von Meinungsfreiheit als Meinungsfreiheit "naiv" sei.

Nur im 19. Jahrhundert, als die Forderung nach Meinungsfreiheit eine Waffe war, um den politischen Gegner der Linken zu besiegen, habe es sich um eine legitime Forderung gehandelt. Das sei heute anders, angesichts von Trump, "Hetze" und "Fake News".

Nun müssen für Van Norden "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte" eingesetzt werden, die über einen "gerechten Zugang" zu den Medien entschieden, solchen Zugang aber auch blockieren dürften. Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" habe indes nichts mit "Zensur" zu tun, sondern müsse als Vorsorge begriffen werden, um die Verbreitung falscher und abwegiger Anschauungen zu verhindern. Das erinnert nicht zufällig an Marcuses Konzept, aber stärker noch an Jürgen Habermas Forderung nach "Dethematisierung" all dessen, was er und seine Anhänger am liebsten beschweigen möchten:

Selbsterstörung Europas, Zuwanderung, wachsende Kriminalität, Verfall der inneren Sicherheit, Volkstod, Dekadenz. Marcuse wie Habermas gehörten zur "Frankfurter Schule", die einen erheblichen Einfluß auf das politische Denken der Nachkriegszeit ausgeübt hat. Aber anders als Marcuse begriff Habermas relativ rasch, daß das offene Reden von Revolution, Sozialismus und Erziehungsdiktatur in einer modernen Gesellschaft kaum zum Ziel führen kann.

Habermas zieht es vor, von einer "entgegenkommenden Kultur" zu sprechen, die er als "liberal" definiert und seit einiger Zeit mit der Ordnung des Grundgesetzes identifiziert. Dabei betont er, daß ein "gemeinsames staatsbürgerliches Bewußtsein über alle Differenzen" hinweg bestehen müsse.

Aber das Vorhandensein dieses "gemeinsamen staatsbürgerlichen Bewußtseins über alle Differenzen" hinweg, sei ständig zu überprüfen. Und wer diese Überprüfung vornehmen soll, steht selbstverständlich fest. So wie fest steht, daß die, die keine hinreichende Begeisterung für die von Habermas postulierten "universalistischen" Werte an den Tag legen, ausgeschlossen werden vom Prozeß der Meinungsbildung, weil sie den "Saatboden für einen neuen Faschismus" düngen.

Trotz des Alarmtons ist klar: Hier spricht einer mit jener Selbstsicherheit, die nur der Machtbesitz einflößt, und erteilt Zugang zum Diskurs oder verweigert ihn nach Gutdünken. Das ist allerdings nicht, was Habermas selbst einmal als Grundsatz der Meinungsfreiheit angegeben hatte. In seiner Habilitationsschrift Strukturwandel der Öffentlichkeit, hieß es noch:

"Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit". Aber als er das äußerte, zu Beginn der 1960er Jahre, war die Situation auch noch eine andere. Damals war das eigene -linke - Lager das schwächere, und die Forderung nach Teilhabe diente dazu, den Aufmarsch zu dek-

ken, um im Kampf um Meinungsmacht eine günstige Position zu besetzen.

Doch das strategische Ziel war niemals nur ein angemessener Teil, sondern das Ganze, ein Endsieg, der alle anderen Meinungen zum Verstummen bringen sollte. Diesem Ziel ist man gefährlich nahegekommen. Allerdings um den Preis, daß das Phrasengewand, mit dem man das eigene Machtstreben verhüllt, immer fadenscheiniger wird. Nur genügt das nicht. Es genügt nicht, zu begreifen, daß das Gerede über mehr Vielfalt, mehr Toleranz und mehr Freiheit verlogen ist. Es kommt darauf an, den Zusammenhang mit der Verschleierung der Machtverhältnisse zu begreifen und das heißt auch verstehen, daß gegen Macht nur Macht hilft, Gegenmacht. Und um die zu gewinnen, bedarf es der Entschlossenheit und des Einsatzes.

Nach dem berühmten Wort des Perikles: "Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut."

Weißmann, Karlheinz, Dr. phil, geboren 1959, seit 1982 im Höheren Schuldienst des Landes Niedersachsen, Veröffentlichungen als Publizist und Historiker, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung.<<

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.

Zerstörung der deutschen Automobilindustrie

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**

Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Masseneinteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Diesel-Emissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Er-

folge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. ...<<

Corona-Plandemie

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>>Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>Schutzmasken und Souveränität

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

_ von Joachim Paul

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "borgomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.

Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhöckert.

Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Bei-

spiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:

"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten". Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.

Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.

Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätchen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertlang waren sie Spielball euro-

päischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.

Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.

Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.

_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anlässlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Mai 2020 über das Corona-Krisenmanagement der deutschen Regierung: >>**Kritische Corona-Analyse: Innenministerium distanziert sich von Mitarbeiter**

BERLIN. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Ausarbeitung eines Mitarbeiters zum Corona-Krisenmanagement der Regierung als dessen Privatmeinung zurückgewiesen. Er habe für seine Zusammenstellung "weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung" erhalten, teilte das Ministerium am Sonntag mit.

Daß er für seine Untersuchung den offiziellen Briefkopf des Bundesinnenministeriums verwendet und das Gutachten über dienstliche Kommunikationskanäle verbreitet habe, sei nicht akzeptabel. "Auf diese Weise wird der Anschein erweckt, die Privatmeinung gebe die offizielle Auffassung einer Behörde wieder. Durch innerdienstliche Maßnahmen wurde zwischenzeitlich sichergestellt, daß der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI."

Der Oberregierungsrat hatte in einem gut 80seitigen Auswertungsbericht der Bundesregierung schwere Verfehlungen im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen. Ergänzt wird der Bericht durch einen rund hundertseitigen Anlagenband. Beide Dokumente liegen der JUNGEN FREIHEIT vor. Zuerst berichtet hatte über die Ausarbeitung des Ministeriumsmitarbeiters das Online-Portal *Tichys Einblick*.

"Corona-Krise ist Fehllalarm"

In dem Anschreiben zu seinem Bericht erweckt der Verfasser den Eindruck, es handle sich um eine Ausarbeitung seines Referats, das für den Schutz kritischer Infrastrukturen im Innenministerium zuständig ist. Eine Analyse der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung habe ergeben, daß es zu "gravierenden Fehlleistungen des Krisenmanagements" gekommen sei und sich

die Corona-Krise "wohl als Fehllalarm" erweise.

Die Formulierung "Fehllalarm" kommt in der Analyse gleich mehrfach vor.

An anderer Stelle heißt es: "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehllalarm handelt."

Durch den neuen Virus habe vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das zeige das "übliche Sterbegeschehen" in Deutschland. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).

Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehllalarm zu tun."

"Alarmismus muß eingestellt werden"

Der durch die Corona-Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei inzwischen "gigantisch" und höher als der Nutzen. Ein großer Teil dieses Schadens werde sich zudem erst noch in der Zukunft zeigen. Dies könne nicht mehr verhindert sondern nur noch begrenzt werden.

Der Autor rät deshalb dringend dazu, den Lockdown zu beenden: "Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden."

Beendet werden müßten jedoch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet und als Alarmismus wahrgenommen werde. "Dieser Alarmismus muß unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen, als den ersten."

"Staat als Fake-News-Produzent"

Der Bundesregierung stellt der Referent in der Corona-Krise ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.)"

Daher werde die schwierigste Aufgabe auch sein, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. "Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat, der für diese wichtige Leistung legitime Eingriffe und Einschränkungen vornehmen darf. Dieser Staat hat in der Corona-Krise in geradezu grotesker Weise versagt. Er muß, wenn er Vertrauen wiedergewinnen will, nicht nur umkehren, sondern offen mit seinen Fehlleistungen umgehen, sie einräumen und aufarbeiten", fordert der Autor. Sonst würde dem Staat und dem politischen System möglicherweise die eingetretenen systemischen Fehler nicht nachgesehen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die angebliche Corona-Pandemie (x356/2): >>Liebe Leser

Noch immer reiben sich viele Menschen die Augen und versuchen zu verstehen, wie ihnen in unserer Gesellschaft gerade geschieht. Aufgrund einer nicht besonders schweren grippeähnli-

chen Krankheit (laut offiziellem Narrativ), die man neuerdings, seit der Umdeklarierung durch die WHO vor einigen Jahren, auch ohne Vielzahl von Toten als "Pandemie" bezeichnen kann, werden weltweit die Menschen über Wochen und Monate zuhause "eingesperrt", die Geschäfte geschlossen und die Wirtschaft nahezu komplett heruntergefahren.

Wir werden überschwemmt mit Informationen, oft alarmierend und schockierend, oft widersprüchlich und unlogisch. Da spricht man von einer verheerenden, weltweiten Pandemie durch ein gefährliches, gar tödliches Virus und dann sterben zwar Menschen, jedoch nicht flächendeckend und durch alle Altersgruppen hinweg, wie man dies bei einer Pandemie eigentlich erwartet, sondern konzentriert auf einige Gebiete und stets nur diejenigen, die vorher schon schwer krank und darüber hinaus bereits in einem sterbenahen Alter waren. Wie paßt das zusammen?

Von höchsten Stellen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht unterschieden werde, ob die Opfer AN oder nur MIT diesem Virus verstorben seien. Also ein sich im Endstadium befindlicher Krebspatient im Alter von 92 Jahren, der kurz vor seinem Tod noch positiv auf Corona getestet wurde, fällt somit ebenfalls in die Sterbestatistik, die wiederum als Grundlage herangezogen wird, diese zerstörerischen Shutdown-Maßnahmen zu legitimieren. Wie kann das sein? In New York, dem weltweiten Epizentrum der "Corona-Krise", werden die Toten laut New York Times vom 14.04.2020 nicht einmal mehr auf Corona getestet, sondern nur noch durch "Einschätzung" hinzugezählt.

Wenn getestet wird, dann meist mit einem Verfahren, das weder ein amtliches Zulassungsverfahren durchlaufen hat, noch klinisch validiert ist. Laut einem Hersteller ist es auch nicht für diagnostische Anwendungen, sondern einzig für Forschungszwecke einzusetzen. Wie bitte? Dazu kommen Studien, die die Zuverlässigkeit dieses PCR-Tests in hohem Masse bemängeln und selbst Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, teilt in einem Tweet mit:

"Klar: Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv und mal negativ. Da spielt der Zufall mit. ..." Auch die vermeintlich dramatische Zunahme der Anzahl Infizierter erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man gleichzeitig die Zunahme an Tests miteinbezieht. Werden nämlich heute aus 1.000 getesteten Personen 100 und in einer Woche aus 100.000 Personen 10.000 positiv und somit als Corona-Infizierte diagnostiziert, hat sich in diesem Zeitraum rein gar nichts verändert - außer der Anzahl getesteter Personen!

Die weltweiten Zahlen stammen übrigens von der Johns Hopkins Universität, die im Rahmen der "Coronakrise" in aller Munde ist, von der jedoch zuvor nur die Wenigsten gehört haben. Interessant wird es in diesem Zusammenhang, wenn man bedenkt, daß diese Universität aus finanzieller Sichtweise einen privaten Charakter hat: Die Bill & Melinda Gates Stiftung spendete der Universität mehr als sage und schreibe 880 Millionen Dollar.

Bill Gates, einst offiziell reichster Mensch der Erde, spricht sich gleichzeitig dafür aus, alle 7 Milliarden Menschen zu impfen. Grundlage dafür sind wiederum die Zahlen der besagten Johns Hopkins Universität. Wer da an einen Zufall glaubt. Wir alle erinnern uns, wie uns diese und weitere Zahlen in täglichen Schlagzeilen und abendlichen Nachrichten in alarmistischer Weise als Schocknachrichten verkauft wurden und wie damit in der Bevölkerung ein kollektiver Angstzustand geschaffen wurde, ohne den solch zerstörerische und drangsalierende Maßnahmen wohl kaum möglich wären.

Man denke dabei nur an die komplette Lahmlegung der Weltwirtschaft (allein in Deutschland sollen laut Deutsche Unternehmerbörse erschreckende 39 % aller deutschen Unternehmen und sogar 50 % der Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen, insolvenzbedroht sein!), die Schließung der meisten Geschäfte und Läden, die Ausgangs- und Kontaktsperren, das Wegsperren der Alten, die Maskenpflicht und viele weitere Maßnahmen, deren wirtschaftliche, gesundheitliche und psychologische Folgen nicht annähernd absehbar sind.

Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstands durch die WHO haben die Regierungen zahlloser Länder die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger kurzum aufgehoben und damit, jeglichen demokratischen Grundsätzen spottend, die eigene Macht ins schier Absolute ausgeweitet!

Mit dieser Ausgabe, liebe Leser, möchten wir Ihnen, in gewohnt kompakter Weise und auf nachprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen basierend, wichtige Informationen und Sachverhalte zur WHO, zu ihren Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und ihrer Abhängigkeit von Bill Gates, zu vergangenen "Pandemien", die keine waren, und zur heutigen "Corona-Krise" u.v.m. liefern, jedoch ohne dabei auf mögliche dahinterliegende Absichten und Agenden einzugehen.

Diese, aufgrund der aktuellen und zeitgeschichtlich so bedeutsamen Umstände wohl wichtigste aller bislang erschienenen Ausgaben, soll Sie dabei unterstützen, sowohl Menschen aus Ihrem eigenen Umfeld, wie auch Politiker, Beamte und andere Staatsangestellte auf die obgenannten und unzähligen weiteren behandelten Fragen aufmerksam zu machen. Dafür stellen wir die Digitalausgabe kostenlos zur freien Verfügung und Weiterverbreitung als PDF ins Netz. Sie finden diese auf unserem Telegram-Kanal und auf www.expresszeitung.com.

Falls Sie zusätzliche Exemplare dieser Ausgabe zur persönlichen Weitergabe wünschen, bieten wir Ihnen auch größere Mengen ab 10 Stück zum Selbstkostenpreis in unserem Online-Shop an.

Liebe Leser, wir erleben derzeit historische Momente und befinden uns am Anfang einer Zeitenwende, deren Dimension kaum überblickbar, deren Tragweite kaum faßbar und deren Konsequenzen für unser aller Leben kaum vorstellbar sind. Wegen der angeblich menschengemachten Klimakrise sprachen Greta Thunberg, ihre Vordenkerin Salomon (Siehe Ausgabe Nr. 27) und Co vom "brennenden Haus". Mit derselben Metapher ausgedrückt: Nun steht das Haus wirklich in Flammen und es ist Zeit, dies zu erkennen!

Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf! Wir haben die Preishürde für diese Ausgabe auf Null gesetzt, damit das Wissen größtmögliche Verbreitung findet. Um so mehr hoffen wir auf Ihren Beitrag dazu!

Das Coronathema wird uns jedenfalls auch in Zukunft beschäftigen. Entsprechend werden wir uns in den kommenden Ausgaben den damit verbundenen Auswirkungen widmen. (André Barmettler)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**

Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.

In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten. Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbsterstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.

Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:

1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald an-

geblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?

2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?

3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?

4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?

5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien. Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?

"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."

Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. (Tilman Knechtel)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 27. März 2021 (x1.000/...):

>>Covid-Impfung: Bhakdi warnte EMA vor Blutgerinnseln

... Laut eines Berichts der norwegischen Tageszeitung Dagbladet vom 21. März 2021 wurden fünf Patienten mit Blutgerinnseln, Blutungen und einer niedrigen Thrombozytenzahl ins Universitätskrankenhaus Rikshospitalet von Oslo eingewiesen. Zwei der Personen seien nun gestorben. Eine zusätzliche Person starb bereits in der zweiten Märzwoche. Alle Patienten wurden laut dem Bericht vorher mit AstraZeneca geimpft.

Unter Berufung auf den medizinischen Leiter der Arzneimittelbehörde, Steinar Madsen, berichtet das Blatt, daß interessanterweise alle Patienten jünger als 55 Jahre seien. Aus anderen Ländern häufen sich ähnliche Berichte. In Deutschland etwa hatte das Gesundheitsministerium 13 Fälle von Blutgerinnseln im Gehirn nach einer Impfung mit AstraZeneca gemeldet: Es handelt sich dabei um zwölf Frauen und einen Mann zwischen 20 und 63 Jahren. Drei der Frauen verstarben.

Nach einem kurzzeitigen Impfstopp wird das umstrittene Impfmittel nun wieder verabreicht. Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hält den Impfstoff für "sicher". Zwölf prominente Wissenschaftler und Ärzte sehen das völlig anders: In einem offenen Brief an die EMA äußerte die Gruppe bereits vor Monaten Bedenken, ob Kardinalfragen bezüglich der Sicherheit der Impfstoffe vor ihrer Zulassung von der EMA angemessen behandelt wurden.

Die Autoren, angeführt von Dr. Sucharit Bhakdi, emeritierter Professor für Medizinische Mikrobiologie und Immunologie und ehemaliger Lehrstuhlinhaber am Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, warnten eindringlich vor der Gefahr, daß die Impfungen Blutgerinnsel hervorbringen könnten. Bezeichnenderweise kam jedoch darauf von der EMA keine Antwort.

Aber die prognostizierten folgenschweren Nebenwirkungen, vor denen die Autoren in ihrem Schreiben an die EMA warnten, treten nun zuhauf auf. Das läßt doch aufhorchen! Warum

reagiert die EMA auf diese Warnungen nicht? Und was genau steckt dahinter? Angesichts der massiven Impfschäden und der Impftoten ist die Justiz aufgerufen, die Versäumnisse der EMA genauestens zu untersuchen.

Aufgrund der Brisanz der Lage und um weitere Schäden zu begrenzen, wenden sich die Autoren jetzt direkt an die Öffentlichkeit. Sehen Sie nun einen 8-minütigen Auszug aus einem Interview, das Prof. Dr. Bhakdi der Plattform RESPEKT plus im Februar 2021 gab. Hier erklärt er einen tragischen Wirkmechanismus der Covid-Impfungen und appelliert eindringlich, die Impfungen bis zur Klärung der Sachverhalte einzustellen. ...

"Wenn ich jetzt aufstehe und sage: "Ich habe Probleme mit der Corona-Impfung", dann tue ich das aus Notwendigkeit, weil ich daran glaube. Und ich möchte Ihnen kurz erklären, warum ich dran glaube, daß diese Impfung, zumindest in der Form, wie sie jetzt vorliegt, noch nicht angewandt werden sollte." ...

"Also wir befürchten zweierlei: Erstens, daß Menschen mit Vorerkrankungen geimpft werden und diese Nebenwirkungen nicht mehr vertragen und dann werden sie sterben. Und unsere zweite ganz große Sorge ist, daß auch jüngere Menschen krank, schwer krank, schwerstkrank werden, weil man nicht ausgeschlossen hat, das diese neuartigen genbasierten Impfstoffe vielleicht ganz andere Nebenwirkungen erzeugen könnten." ...

"Aber dann kommt's schlimmer. Es gab ganz tragische Nebenwirkungen - Lähmungen, ja. Jetzt kommen noch Dinge, die Sie nicht kennen, weil sie nicht in den Zeitungen erscheinen und das finde ich so was von gefährlich. Es gibt Frauen, die ihre Kinder verloren haben, es gibt Menschen, die erblindet sind, es gibt Menschen, die plötzlich keine Plättchen (?) hatten und verblutet sind. Sie haben also Schlaganfälle gehabt, sie haben Blutungen in der Haut gehabt. Und das Ganze kommt nicht zusammen, weil man es nicht erklären kann.

Und dann - Entschuldigung - gehen die Behörden hin und sagen, es kann keinen Zusammenhang geben, das finde ich nicht in Ordnung. Es kann sehr wohl einen Zusammenhang geben und ich erlaube mir Ihnen jetzt, unsere Gedanken hierzu zu machen, weil es wichtig ist, daß alle Leute dran denken. Nun, schauen Sie mal, diese neuen, genbasierten Impfstoffe, die, gerade die in Deutschland gebraucht werden von Biontech und Moderna - da ist das Gen von diesem Virus gefangen, damit fängt das Virus den Türgriff und wir wollen Antikörper machen dagegen und deswegen ist das Gen für dieses Eiweiß hier verpackt und dieses Gen wird gespritzt in die Muskeln.

Wo geht das Gen hin, wenn es gespritzt wird, es ist nicht ein Paket, es sind ungefähr eine Milliarde Pakete. Wenn Sie glauben, daß die Gene, die zehn Milliarden Päckchen, in der Muskulatur liegenbleiben, dann sind Sie einem Irrglauben verfallen. Ein Großteil gerät in die Lymphknoten, ein noch größerer Teil gerät in die Blutbahn. Und wenn diese Päckchen einmal in der Blutbahn sind, dann werden sie die Blutbahn nie wieder verlassen, weil die Auskleidung der Blutgefäße ist wie die Tapete an ihren Zimmern, dicht, da kann dieses Paket nicht mehr heraus.

Und es verteilt sich im ganzen Körper, in ihrem Körper, in allen Organen, von oben bis unten, in den kleinsten Gefäßen. Die Zellen, die diese Pakete aufnehmen werden, sind erstens, die Muskelzellen selbst an Ort und Stelle, zweitens, die Zellen in den Lymphknoten, drittens, die Blutzellen, die die Viren umgeben. Aber viertens, das ist wahrscheinlich das wichtigste von allen, es sind die Zellen, die die Gefäße auskleiden, denn es ist bekannt, daß diese kleinen Päckchen sehr gerne von der Gefäßauskleidung aufgenommen werden. Wo wird das stattfinden?

Niemand weiß es, weil die Hersteller von diesem Impfstoff nie nachgesehen haben. Das ist das, was wir monieren, es sind zu wenig präklinischen Untersuchungen gemacht worden. Wir wissen gar nicht, wo das hinget. Aber die Vorhersage von uns ist, wer sucht, der wird finden, und Sie werden sehen, daß diese Gene zu einem guten Teil in Ihre Gefäßwandzellen ge-

hen. Wo? Dort, wo das Blut am langsamsten fließt, denn dann haben die Zellen genug Zeit, sie aufzunehmen. OK? Und das in ihren kleinsten Gefäßen. Die sehen Sie nicht, das sind Kapillaren in Ihren Organen, sie sind in Ihrem Gehirn, Rückenmark, schließlich überall." ...

"Was wird passieren? Niemand weiß es, weil meine Damen und Herren, liebe Zuhörer, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und Kolleginnen Wissenschaftler: Diese Art von Versuch ist in der Geschichte der modernen Forschung nie durchgeführt worden. Es gibt kein Modell. Sie, die geimpft werden, sind das Modell, und es ist ein faszinierendes Modell. Wenn das stimmt, das würde bedeuten, daß tatsächlich die Gefäßtapeten kaputt gemacht werden an vielen Stellen in ihrem Körper, an vielen Organen.

Was passiert dann? Normalerweise, wenn die Tapete gerissen ist, wird die Blutgerinnung angeworfen, die Blutgerinnung. Das Blut müßte eigentlich in ihren kleinen Kapillaren fest werden. Ein unglaublich erschreckender Gedanke.

Ein Gedanke, der mir sagt: "Ich werde mich nie impfen lassen bis das geklärt ist, ob das passieren kann. Ich will nicht, daß das Blut in meinen Adern gerinnt und zwar in allen Organen. Sie wissen nicht wo. Was passiert, wenn sich ein Gerinnsel bildet? Ihr Organ bekommt nicht genug Sauerstoff. Klar, vielmehr braucht es nicht geben. Damit können sie verdammt krank werden, verdammt krank, bis hin zu Gelähmtsein, bis hin zu Erblindung. Sie können Herzinfarkt bekommen. Alles kann passieren." ...

"Gestern hat mein lieber, toller Kollege Christoph K. mir eine Mail zugeschickt ...: In Amerika ist ein sehr kundiger Arzt hingegangen und hat geguckt, ob in den Notfallaufnahmen nach Covid-Impfungen Laborwerte da waren. Und bei den Unter-40-jährigen - haltet Euch fest - hat er festgestellt, daß 50 % klare Zeichen dafür, daß die Gerinnung "angeworfen" wurde. Diese Menschen waren so krank, daß sie als Notfälle aufgenommen werden mußten." ...

"(Denn wenn das der Fall ist,) und jetzt bin ich fertig, dann würde ich einen Vorschlag machen: Diejenigen, die sich immer noch impfen lassen wollen, sollen es tun. Aber kommt niemand hin und versucht, Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, zu zwingen, direkt oder indirekt und vergeßt es mit diesen Impfausweisen. Vergeßt alles, bis ihr ausgeschlossen habt, daß wir unrecht haben. Ich kann euch nicht genug sagen: Ich wünschte mir, wir hätten unrecht ..." <<

Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtete am 30. Juli 2021 über die möglichen Folgen der Corona-Impfung: >>"Es ist der Sinn des Spike-Proteins, das Blut zu verklumpen"

Mike Yeadon

Mike Yeadon, Ex-Pfizer-Forschungsleiter, stand von Anfang an gegen die Corona-Doktrin auf. Um eine Verschwörungstheorie gehe es hier nicht. Ihm sei rasch klar gewesen: "Es ist ein internationaler Plan. Da gibt es nichts theoretisches daran."

Yeadon sorgt sich um seine Kinder und Enkelkinder. Normalerweise werden Totimpfstoffe gegen Krankheiten verwendet. Die experimentellen mRNA-Genspritzen seien nicht vergleichbar mit einer solchen Impfung.

Es gebe zwei Hauptprobleme mit den "Impfungen" nach Yeadon:

Spike-Proteine: Der Körper wird zur Fabrik dieser Proteine. Es sei das erste Mal, daß ein solcher Prozeß bei Menschen künstlich in Gang gesetzt wird. Das Spike-Protein führt zur Blutverklumpung. Das sei keine Ausnahme, sondern der Sinn des Spike-Proteins.

Es braucht Jahre, um eine herkömmliche, wirksame Impfung ordentlich zu überprüfen. Über die Nebenwirkungen der mRNA-Stoffe wissen wir viel zu wenig. Wir wissen nicht, welche Nebenwirkungen die Geimpften in den nächsten Jahren ereilen.

Als Pharmazeut sei Yeadon entsetzt darüber, daß derartige, experimentelle Stoffe Anwendung finden. Am schlimmsten sei es, daß Schwangere geimpft werden. Wer Schwangeren diese Stoffe verabreiche, sei ein leichtsinniger Idiot, so Yeadon. Er appelliert an die Frauen: "Wenn

Sie schwanger sind oder einen Kinderwunsch haben, lassen Sie sich auf gar keinen Fall 'impfen', tun Sie es nicht!"

Mike Yeadon verstehe nicht, wieso seine Kollegen nicht kündigten. Sie wüßten genau was vor sich gehe. Er habe bereits einen Job aus diesem Grund hingeworfen, er schäme sich, daß er für eine derartige Industrie gearbeitet habe. Man hoffe einfach, daß die Verabreichung der experimentellen Stoffe mit Notzulassung schon helfen würde. Und dieser Versuch werde an Milliarden von Menschen durchgeführt.

Yeadon verweist auf die tausenden von Nebenwirkungen. Diese seien auf der Plattform VAERS einsehbar: "Überprüfen Sie dort die tausenden von Nebenwirkungen. Ich kann nichts für Sie tun, wenn Sie sich das nicht selbst ansehen."

Influenza für junge Menschen gefährlicher als Corona

Würde man die Patienten ordentlich über die Gefahren informieren, so wie es erforderlich ist, würden sie sich nicht impfen lassen, ist sich Yeadon sicher. Der Impfstoff werde nicht angewendet, weil es sich um eine gesundheitliche Krise handle, sondern aus anderen Gründen. Denn es gebe genügend Medikamente, um dieser gesundheitlichen Krise wirksam zu begegnen. Statt dessen würde man den Menschen aber einfach die experimentellen Stoffe, deren Wirkung nicht bekannt ist, spritzen. Fakt sei jedenfalls, daß die mRNA-Stoffe nicht sicher seien. Das zeigten die Nebenwirkungen bereits eindeutig.

So werden wir belogen: Das Virus sei auch nicht annähernd so tödlich, wie man uns erzählt. Für junge Menschen - eigentlich sogar für alle im erwerbsfähigen Alter - sei die Influenza sogar gefährlicher als Corona. Und das zeige, daß etwas sehr Seltsames vonstatten gehe. Der starke Anstieg der Todesrate bei älteren, vorerkrankten Menschen stehe zudem vielmehr in zeitlichem Zusammenhang mit dem Start der Impf-Kampagnen.

Eine Verbindung hält er durchaus für denkbar: Denn normalerweise tastet man sich bei ausführlichen Zulassungsstudien langsam über gesunde ältere Menschen an die Auswirkungen auf Risiko-Patienten heran. Dies sei in der Eile nicht geschehen, die Vorab-Daten für gebrechliche ältere Menschen seien vor der Notfall-Zulassung dünn gewesen.

Mike Yeadon: "Es ist Mord, diesen Stoff zu verabreichen." Denn Covid sei bei weitem nicht so tödlich wie behauptet. Gleichzeitig seien die Impfstoffe toxisch. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis rechtfertige die Verabreichung solcher Stoffe nicht im geringsten.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 3. Oktober 2021 (x1.000/...): >>>**Holocaust-Überlebende fordern Impfstopp!**

Vor einer zu erwartenden Zulassung des Covid-Impfstoffs in Europa haben Holocaust-Überlebende mit ihren Nachkommen am 25. August 2021 einen Offenen Brief an die Europäische Arzneimittelbehörde EMA übergeben. Darin fordern sie den sofortigen Stopp des Impfprogramms und warnen vor einem weiteren Holocaust noch größeren Ausmaßes. ...

Nachfolgend nun der Brief im Originalwortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, die Überlebenden der Greuelthaten, die während des Zweiten Weltkriegs an der Menschheit begangen wurden, fühlen uns verpflichtet, unserem Gewissen zu folgen und diesen Brief zu schreiben.

Es ist für uns offensichtlich, daß sich vor unseren Augen ein weiterer Holocaust größeren Ausmaßes abspielt. Die Mehrheit der Weltbevölkerung begreift noch nicht, was vor sich geht, denn das Ausmaß eines organisierten Verbrechens - wie dieses - liegt jenseits ihres Erfahrungshorizonts. Wir aber wissen es. Wir erinnern uns an den Namen Josef Mengele. Einige von uns haben persönliche Erinnerungen. Wir erleben ein Déjà-vu, das so entsetzlich ist, daß wir uns erheben, um unsere armen Mitmenschen zu schützen. Zu den bedrohten Unschuldigen gehören jetzt auch Kinder und sogar Säuglinge.

In nur vier Monaten haben die COVID-19-Impfstoffe mehr Menschen getötet, als alle verfüg-

baren Impfstoffe zusammen von Mitte 1997 bis Ende 2013 - ein Zeitraum von 15,5 Jahren. Und am schlimmsten betroffen sind Menschen zwischen 18 und 64 Jahren - die Gruppe, die in der Covid-Statistik nicht auftaucht.

Wir fordern Sie auf, dieses gräßliche medizinische Experiment an der Menschheit sofort zu beenden. Was Sie als "Impfung" gegen SARS-Cov-2 bezeichnen, ist in Wahrheit ein blasphemischer Eingriff in die Natur. Niemals zuvor hat man versucht, die gesamte Weltbevölkerung durch Einbringen einer synthetischen mRNA in den menschlichen Körper zu immunisieren. Es handelt sich um ein medizinisches Experiment, auf das der Nürnberger Codex angewandt werden muß.

Die 10 ethischen Grundsätze in diesem Dokument stellen einen grundlegenden Codex der medizinischen Ethik dar, der während des Nürnberger Ärzteprozesses formuliert wurde, um sicherzustellen, daß Menschen nie wieder unfreiwilligen medizinischen Experimenten und Verfahren ausgesetzt werden.

Grundsatz 1 des Nürnberger Codex:

(a) Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. D.h., daß die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie in der Lage sein muß, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; daß sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muß, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.

(b) Diese letzte Bedingung macht es notwendig, daß der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden, sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen.

(c) Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.

Zu (a): Von einer freien Entscheidung kann keine Rede sein. Die Massenmedien verbreiten Angst und Panik und bedienen sich der Goebbels'schen Propagandaregeln, indem sie Unwahrheiten so lange wiederholen, bis sie geglaubt werden. Seit Wochen rufen sie zur Ächtung der Nichtgeimpften auf. Waren es vor 80 Jahren die Juden, die als Verursacher von Infektionskrankheiten verteufelt wurden, so sind es heute die Ungeimpften, denen man vorwirft, das Virus zu verbreiten.

Die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit zu reisen, die Freiheit zu arbeiten, das gesamte Zusammenleben, wurde den Menschen genommen, um ihnen die Impfung aufzuzwingen. Kinder werden gegen den Willen ihrer Eltern zur Impfung verführt.

Zu (b): Die 22 schrecklichen Nebenwirkungen, die bereits in der FDA-Notfallgenehmigung aufgeführt sind, wurden den Versuchspersonen nicht mitgeteilt. Wir führen sie im Folgenden zum Nutzen der Weltöffentlichkeit auf.

Per Definition hat es nie eine informierte Zustimmung gegeben. In der Zwischenzeit sind Tausende von Nebenwirkungen in zahlreichen Datenbanken erfaßt worden. Während die sogenannten Fallzahlen im 30-Minuten-Takt durch alle Massenmedien eingeblutet werden, gibt es weder einen Hinweis auf die schwerwiegenden unerwünschten Nebenwirkungen noch darauf, wie und wo die Nebenwirkungen zu melden sind. Soweit uns bekannt ist, wurden sogar gemeldete Schäden in großem Umfang in allen Datenbanken gelöscht.

Der Grundsatz 6 des Nürnberger Codex fordert: "Die Gefährdung darf niemals über jene Grenzen hinausgehen, die durch die humanitäre Bedeutung des zu lösenden Problems vorgegeben sind."

Die "Impfung" gegen Covid hat sich für etwa 99 % aller Menschen gefährlicher erwiesen, als Covid. Wie die Johns Hopkins Universität in einer Studie mit 48.000 Kindern dokumentiert hat, besteht für Kinder keinerlei Risiko durch das Virus. Aus Ihren eigenen Daten geht hervor, daß Kinder, für die das Virus kein Risiko darstellt, nach der Impfung Herzinfarkte erlitten haben; mehr als 15.000 Kinder hatten unerwünschte Ereignisse - darunter mehr als 900 schwerwiegende Ereignisse. Mindestens 16 Jugendliche sind bis zum jetzigen Zeitpunkt in den USA nach der Impfung gestorben. Bekanntermaßen werden nur etwa 1 % - 10 % der "Impfnebenwirkungen" gemeldet. Und während wir schreiben, steigen die Zahlen rapide an. Mit Ihrem Wissen.

Grundsatz 10 des Codex:

"Im Verlauf des Versuchs muß der Versuchsleiter jederzeit darauf vorbereitet sein, den Versuch abubrechen, wenn er auf Grund des von ihm verlangten guten Glaubens, seiner besonderen Erfahrung und seines sorgfältigen Urteils vermuten muß, daß eine Fortsetzung des Versuches eine Verletzung, eine bleibende Schädigung oder den Tod der Versuchsperson zur Folge haben könnte."

Anscheinend haben 52 % der Weltbevölkerung wenigstens eine Impfung erhalten.

Eine ehrliche Offenlegung der wahren Zahl der durch "Impfstoff" Verletzten, Schwergeschädigten und Verstorbenen weltweit ist längst überfällig. Es handelt sich inzwischen um Millionen Menschen. Liefern Sie uns jetzt die wahren Zahlen der Covid-Impfopfer.

Wie viele Impfopfer werden ausreichen, um Ihr Gewissen zu wecken?

Liste der unerwünschten Wirkungen, die der FDA vor der Notzulassung bekannt waren:

1. Guillain-Barré-Syndrom (Muskelschwäche)
2. Akute disseminierte Enzephalomyelitis (Erkrankung des Zentralnervensystems)
3. Transversale Myelitis (Rückenmarksentzündung)
4. Enzephalitis/Enzephalomyelitis (Entzündung von Gehirn bzw. Rückenmark)
5. Konvulsionen (Krampfanfälle)
6. Schlaganfall
7. Narkolepsie und Kataplexie (Schlafkrankheit)
8. Anaphylaxie (Kreislaufkollaps durch Immunreaktionen)
9. Akute Myokardinfarkte (Herzinfarkt)
10. Myokarditis/Perikarditis (Herzmuskelentzündung)
11. Autoimmunerkrankung
12. Todesfälle
13. Schwangerschafts- und Geburtsergebnisse
14. Andere akute demyelinisierende Krankheiten (Schädigungen des Nervensystems)
15. Nicht-anaphylaktische allergische Reaktionen (allergische Reaktionen ohne Kreislaufkollaps)
16. Thrombozytopenie (Mangel an Blutplättchen)
17. Disseminierte intravaskuläre Gerinnung (Blutgerinnung in den Gefäßen)
18. Venöse Thromboembolie (Blutgerinnsel-Bildung in einer Vene)
19. Arthritis und Arthralgie (Gelenkentzündung/Gelenkschmerz)
20. Kawasaki-Krankheit (akute systemische Erkrankung durch Entzündung kleiner und mittlerer Arterien)
21. Multisystemisches Entzündungssyndrom bei KINDERN
22. durch Impfung verstärkte Krankheit

Unterzeichnet

Überlebende der NS-Konzentrationslager, ihrer Söhne, Töchter und Enkelkinder, einschließlich Personen guten Willens und guten Gewissens.

Die persönlichen Daten der Holocaust-Überlebenden und ihrer Enkel können auf offizielle Anfrage zu Authentifizierungszwecken auf offiziellen Antrag zur Verfügung gestellt werden. In einem Offenen Brief werden die Daten zum Schutz der Unterzeichner vor Repressalien nicht veröffentlicht. Aus demselben Grund ist eine Kontaktaufnahme nur per E-Mail möglich: trust-in-humanity@pm.me ...<<

Der deutsche Manager Stefan Oelrich (*1968, Leiter der Division Pharmaceuticals, Bayer AG, Germany) verglich während der World Health Summit-Veranstaltung, die vom 24.-26. Oktober 2021 in Berlin stattfand, die mRNA-Impfung mit einer Gentherapie (x1.034/...): >>"Die mRNA - Impfungen sind ein Beispiel dafür, Gentherapie zu verkaufen."

Auf dem "World Health Summit" spricht der Bayer Vorstand Stefan Oelrich, welcher gleichzeitig auch Mitglied des Aufsichtsrates der Charité ist. Geladen sind Menschen wie Hirschhausen, Siemens, Özlem Türecci, Roche und auch Spahn, Wieler sowie von der Leyen. Ganz besonders sticht die Aussage von Bayer Manager Oelrich hervor, denn dieser spricht an, daß vor zwei Jahren eine derartige Gentherapie undenkbar gewesen wäre, aufgrund der ablehnenden Haltung der Menschen. Dank dieser Pandemie hat sich das geändert.

"... Ultimately, the mRNA vaccines are an example for that CELL and GENE THERAPY. I would like to say, if we had surveyed, two years ago, in the public, would you be willing to take GENE or CELL THERAPY and inject it into your body, we would have probably had a 95% refusal rate. I think this pandemic has also opened many people's eyes to innovations in a way that was, maybe, not possible before. ..."

Übersetzung ins Deutsche:

"... Letztlich sind die mRNA-Impfstoffe ein Beispiel für jene ZELL- UND GENTHERAPIE. Wenn wir vor zwei Jahren eine öffentliche Umfrage durchgeführt hätten: "Wären sie bereit, eine GEN- ODER ZELLTHERAPIE anzunehmen und diese sich in Ihren Körper injizieren zu lassen?", dann hätten wir wahrscheinlich eine Ablehnungsquote von 95 Prozent gehabt. Meines Erachtens hat diese Pandemie vielen Menschen in Bezug auf Innovationen in gewisser Weise die Augen geöffnet, wie es vorher vielleicht nicht möglich war. ..."

Herr Oelrich ist Mitglied des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Charité, Mitglied des Aufsichtsrates des Berliner Instituts für Gesundheit und Mitglied des Vorstandes der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland. Er leitete auch Sanofi Deutschland, welches 2018 durch einen Pharmaskandal durch die Medien ging.

Seine Aussage am World Health Summit überrascht in keinster Weise, denn Politiker, Manager, Medien, können offen Skandale, Lügen und Korruption ansprechen, die Bevölkerung vertraut weiterhin in die Kommunikation der Obersten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2021 berichtete im November 2021: >>"Der Arzt haftet persönlich"

_ Beate Bahner im Gespräch mit Hedi Gottlieb

Als Medizinerin hat sie von Anfang an gegen die Corona-Diktatur aufbegehrt. In einem neuen Buch klärt sie aus juristischer Sicht über die Impfung auf.

Ihr Buch Corona-Impfung trägt den Untertitel "Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten". Was macht das Thema so dringlich?

Zig Millionen Menschen in Deutschland, vermutlich zwei Drittel der Bevölkerung, sind bereits geimpft. Es bleibt nicht sehr viel Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, was alles erfolgen muß, damit die Impfung als Behandlung im juristischen Sinne auch rechtmäßig ist, damit sie nicht später zu Streit, zu Vorwürfen und vor allem zu Schadenersatzansprüchen führt.

Mit welchen rechtlichen Konsequenzen müßten Ärzte denn rechnen?

Insbesondere mit zivilrechtlichen Schadenersatzansprüchen, wenn Gesundheitsschäden eintreten, über die nicht aufgeklärt wurde, oder wenn gar nicht aufgeklärt wurde. Oder wenn gegen

den Willen der Patienten geimpft wurde, was wir sicher in Pflege- und Altenheimen, vielleicht auch bei behinderten Menschen vermuten müssen. Dann kommt durchaus auch der Straftatbestand der Körperverletzung in Betracht - also haben wir auch eine strafrechtliche Komponente, die Ärzte berücksichtigen sollten.

Ich selbst habe über 15 bis 20 Jahre hinweg Ärzte geschult. Es ging immer wieder um die Themen Aufklärung und Dokumentation - zwei Aspekte, die die Ärzte quälen, denn Aufklärung ist aufwendig, wenn sie korrekt erfolgt, ebenso wie die Dokumentation. Das ist aber eben wirklich notwendiger Bestandteil einer ordnungsgemäßen Behandlung für den Fall von Komplikationen, die ja immer eintreten können.

Die Behandlung ist ein Dienstvertrag, ich schulde eine korrekte Behandlung *lege artis*, also nach der medizinischen Kunst des jeweiligen aktuellen Facharztstandards, und ich schulde zugleich eine Aufklärung darüber, was passieren kann, wenn ich diese Behandlung vornehme, vornehmen lasse oder auch wenn ich mich gegen diese Behandlung entscheide. Beides obliegt einzig und allein dem Patienten.

Deshalb gibt es ja den Nürnberger Kodex von 1947, der besagt, daß Menschen nie wieder zu einer medizinischen Behandlung gezwungen oder genötigt werden dürfen. Hat sich daran etwas geändert?

Es hat sich eigentlich bis vor Corona gar nichts daran geändert. Insbesondere ist auch dieser Nürnberger Kodex durch die Deklaration von Helsinki in das ärztliche Berufsrecht eingegangen. Insofern wundert man sich über den Druck, der aufgebaut wird, über die Impfkampagnen, die allesamt gegen das sogenannte Heilmittel-Werbegesetz verstoßen. Es ist mit Corona alles auf den Kopf gestellt worden.

Rechtsanwalt Frank Hannig hat gegen den Dresdner Oberbürgermeister Klage eingereicht, weil auf den Seiten der Stadt die Impfung beworben wurde - und zwar die eines konkreten Herstellers.

Das verstößt definitiv gegen alle möglichen Rechtsgrundsätze - natürlich auch gegen das Heilmittel-Werbegesetz. Diese Art der Werbung bedeutet auch für die anderen Impfstoff-Hersteller einen Wettbewerbsnachteil. Mir verschlägt es die Sprache. Aber es ist nicht der einzige Fall. Es gibt hunderte von Varianten der Impfkampagne, zuletzt in Wien: Impfen im Bordell mit Gratis-Besuch. Nur eine von vielen Maßnahmen, die vor Corona nie zulässig gewesen wären.

Warum hat Corona alles auf den Kopf gestellt?

ID 2020 - Digitale Identität. Das ist vermutlich das, was gewünscht ist, was das Weltwirtschaftsforum und die Europäische Union propagieren: daß man die Daten unverfälschbar und unverlierbar im Körper trägt. Bill Gates sahen wir anstelle des Papstes am Ostersonntag 2020 mit viel Platz und Raum in der Tagesschau. Er hat einen neuen Segen gesprochen: nämlich sieben Milliarden Menschen zu impfen. Ich sehe ein größeres Ziel, das mit den Impfungen verbunden ist - mit den Dauerimpfungen. Der Zwang, der eigentlich in freiheitlich-demokratischen Ländern nichts zu suchen hat, läßt aufmerken.

"Nur drei Prozent aller geltend gemachten Impfschäden werden anerkannt."

Welche Möglichkeiten, zum Beispiel auf Schadenersatzansprüche, bestehen denn für Patienten mit Impfschäden?

Der Patient muß zunächst einmal herausfinden, wer ihn geimpft hat. Das ist, wenn er im Impfzentrum war, gar nicht so leicht. Er ist möglicherweise auch deshalb im Nachteil, weil der Impfarzt letztendlich eine Art beauftragter, beliehener Arzt ist und im Auftrag des Landes, des Staates oder der Stadt tätig war. Wenn es der niedergelassene Hausarzt war, dann haftet dieser Arzt persönlich. Das Problem für den Patienten bei allen Schadenersatzansprüchen oder behaupteten Behandlungsfehlern ist:

Der Patient muß nachweisen, daß seine Beschwerden, die er drei Monate oder ein Jahr nach

der Impfung hat, wirklich kausal darauf zurückzuführen sind. Und das ist schon immer bei Arzt-Haftungsfehlern ein Problem, bei Impfschäden erst recht. Wir müssen davon ausgehen, daß nur etwa drei Prozent aller geltend gemachten Impfschäden überhaupt anerkannt werden.

Welche rechtlichen Konsequenzen sehen Sie für Eltern, die ihre minderjährigen Kinder impfen lassen, falls diese Schäden davontragen oder sogar sterben?

Nehmen wir an, Eltern haben der Impfung eines 14-jährigen Kindes zugestimmt, und das Kind erleidet schwerste Schäden oder verstirbt sogar. Eine solche Folge ist so gravierend und erschütternd für die Eltern, daß ich denen nicht auch noch ein Strafverfahren wünsche, weil sie gutgläubig waren, weil sie vertraut haben in die Propaganda-Maschinerie der Massenmedien - weil sie gedacht haben, sie tun ihrem Kind oder ihren Eltern wirklich etwas Gutes. Alleine das Trauma einer Körperbehinderung, eines Todes oder einer schweren Schädigung wäre schlimm genug.

Bei der Schweinegrippe-Impfung in Schweden hat es mehrere Narkolepsiefälle gegeben, bei denen die Betroffenen auch geklagt haben, so daß der Staat dort nun lebenslang Berufsunfähigkeitsrenten zahlen muß. Ist es üblich, daß ein Staat die Haftung für einen Hersteller übernimmt? Und zweitens: Ist das auch bei der Corona-Impfung in Deutschland vorstellbar?

Normalerweise haftet natürlich immer der Hersteller, der direkte Vertragspartner, für sein Produkt. Daß der Hersteller bei der Schweinegrippe damals offensichtlich gut verdient hat, sich aber von der Haftung für sein eigenes Produkt hat freistellen lassen, ist unerhört. Noch unerhörter ist es, daß es offensichtlich in all den vielen Verträgen mit den jeweiligen Nationalstaaten jetzt mit den vier Herstellern von Corona-Impfstoffen genau das gleiche Spiel sein soll: Die Aktien steigen, man verdient sich eine goldene Nase, haftet aber nicht dafür.

Das ist ein ungeheurerlicher Vorgang. Der Patient kann den Hersteller aber trotzdem verklagen. Solche Verträge zwischen Staat und Unternehmen können niemals zulasten Dritter gehen - das ist ein allgemeines Rechtsprinzip. Aber im Innenverhältnis kann der Hersteller sagen: Lieber deutscher Staat, ich muß jetzt 500.000 Euro zahlen, du hast dich verpflichtet, mich davon freizustellen. Dann muß der deutsche Staat bezahlen. Es haftet natürlich, wenn der Staat für etwas einzustehen hat, immer der Steuerzahler.

"Man verdient sich eine goldene Nase, haftet aber nicht dafür."

Hinzu kommt, daß die Hersteller nicht nur von der Haftung bei Impfschäden befreit wurden, sie wurden durch EU-Recht im letzten Jahr auch befreit von all den strengen Sicherheitsvorkehrungen, klinischen, toxikologischen und Unbedenklichkeitsprüfungen, die das Europäische Recht gerade bei der Entwicklung und Freisetzung genetisch veränderter Organismen eigentlich vorsieht. Das ist ein Unding. Das weiß die Bevölkerung nicht. Sie setzt sich in ein Flugzeug, das noch nie getestet wurde, das aber eine komplett neue Antriebstechnik hat.

Sie eröffnen Ihr neues Buch mit einem Zitat von Sophie Scholl...

Das Zitat heißt: "Der größte Schaden entsteht durch die schweigende Mehrheit, die nur überleben will, sich fügt und alles mitmacht." Ich war im April 2020 eine der Allerersten, die aufgestanden sind, und habe gesagt: Der Lockdown ist der größte Rechtsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Da kam sicher einiges in Bewegung, viele Menschen sind aus der Schockstarre erwacht, aber die meisten schweigen, insbesondere im Gesundheitswesen, in den Kliniken, in denen die Corona-Stationen leer und ruhig waren. Ärzte, Pfleger, alle im Gesundheitswesen Tätigen, auch die niedergelassenen Ärzte - also meine bisherige Klientel - schweigen.

Das enttäuscht mich. Mediziner bekommen viel Geld. Sie bekommen die PCR-Tests gut bezahlt, sie bekommen die Impfungen gut bezahlt - es sei denn, sie klären ordentlich auf. Dann fertigen sie ihre Patienten nicht in zehn Sekunden ab und können keine 300 Patienten an einen Nachmittag durchimpfen. Das sind 6.000 Euro oder mehr. Aber auch die Schulleitungen schweigen, die Menschen schweigen, sie trauen sich nicht. Ich denke, man kann die heutige

Situation nicht treffender beschreiben als mit dem Zitat von Sophie Scholl. Deswegen habe ich es sowohl an den Anfang als auch übrigens ans Ende gesetzt.

Frau Bahner, ich bedanke mich für das Gespräch

_ Beate Bahner (*1966) ist seit 1995 in Heidelberg als Rechtsanwältin tätig, zunächst im Vertrags-, Bau- und Wirtschaftsrecht sowie im Familienrecht, seit 1999 zudem als Spezialistin für Arzt-, Medizin- und Gesundheitsrecht. Im renommierten Springer-Verlag hat sie fünf arztrechtliche Standardwerke veröffentlicht. Vor wenigen Wochen erschien bei Rubikon ihr Ratgeber "Corona-Impfung. Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten". ...<<

"Energiewende": Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen "Energieversorgungsunternehmen, um die De-Industrialisierung und den wirtschaftlichen Ruin einzuleiten sowie letzten Endes die gegenwärtige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands zu zerstören

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgermerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirt-

schafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist ... grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen ...

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderpolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverwundung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr. ...

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie unrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welch dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat. Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.

Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wieder-

hergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müssten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müssten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsen Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2014 (x887/...):
>>**Ohne Sinn und Verstand**

Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt, das leider nur als E-Book bei amazon und nicht gedruckt erhältlich ist. Mit Blackout spielt er jedoch nicht auf einen Stromausfall an, sondern auf den Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit. Genau diesen hat er nämlich in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf fast allen Ebenen der deutschen Gesellschaft festgestellt.

Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxidstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim

EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.

"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.

Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. Und er stellt die Vordenker des EEG und ihre Weltsicht vor, denen es nur um die Umsetzung ihrer Ziele ging, egal zu welchem Preis. Diesen zahlen nun die deutschen Stromkunden. So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.

Diesen Unsinn kritisiert Wendt scharf, zumal er überzeugt ist, daß wenn der Gesetzgeber dieses unsinnige Privileg nicht geschaffen hätte, die Ökostromerzeuger längst die dringend benötigten Speicher geschaffen hätten.

Fehlanreize, wohin das Auge blickt, lautet das Urteil des Autors zum EEG. Zwar wird dieses derzeit reformiert, aber noch ist nicht absehbar, ob wirkliche Verbesserungen umgesetzt werden, so groß ist der Einfluß der Lobbygruppen. Hier wundert sich Wendt, daß Lobbyismus von der Ökostrombranche von deutschen Journalisten gutgeheißen und sogar häufig unterstützt wird, während beispielsweise ein ähnliches Verhalten bei der Autoindustrie scharf verurteilt wird. Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.

Zudem wird mit der Behauptung aufgeräumt, daß die Streichung der Verschonung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage den Strompreis senken würde. Bestenfalls gebe es zwei Jahre keine Erhöhung, doch dann wäre auch diese Änderung aufgefressen, zugleich wären aber vermutlich tausende Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ins Ausland abgewandert. Und übrigens nicht nur dort: Auch die noch verbliebenen deutschen Solarmodulhersteller gehören zu den vier Prozent der Industriebetriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind.

Die Rechercheleistung des Autors ist zu loben, da er viele Details zum EEG vorträgt, die nicht jedermann bekannt sind. ... Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.

Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Subventionen immer öfter Verluste machen? ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. September 2014 (x887/...): >>**Bedenkliche Symptome**

Warum strittig ist, wer irre ist und wer normal, wie wir dem Absturz eifrig entgegen rudern, und warum man uns besser nicht zuhören sollte ...

Wer ist hier irre? Darüber kann man streiten. Der Geisteskranke hält angeblich uns "Normale" für bekloppt. Spätestens nach dem Skandal um Gustl Mollath, der jahrelang von angeblich gesunden Entscheidungsträgern in der geschlossenen Psychiatrie festgehalten wurde, obwohl sein Geist völlig intakt war, wurmt uns die Frage, auf welcher Seite der Barriere wir, das Heer der vermeintlich Normalen, eigentlich stehen.

Ein Blick auf das, was wir tagtäglich treiben oder treiben lassen, ohne daß uns das merkwürdig vorkommt, nährt tatsächlich Zweifel, daß in unserem Oberstübchen alles am richtigen

Platz steht.

Der Journalist Alexander Wendt, Autor des Buches "Der grüne Blackout", zitiert den Vorsitzenden einer, wie er schreibt, "großen, einflußreichen Organisation, der öfters sowohl mit Angela Merkel als auch mit Sigmar Gabriel und etlichen Abgeordneten spricht", mit der bitteren Feststellung:

"Die Parteien in Berlin unterscheiden sich bei der Energiewende nur durch die Grade ihres Irrsinns." Ein Politiker und Duzfreund Merkels habe ihm, Wendt, geraten, sich einen Holzofen als Sicherheit gegen flächendeckenden Stromausfall zu besorgen und Holzvorräte anzulegen. Von SPD-Chef und Energieminister Gabriel überliefert Wendt den schönen Satz: "Die Energiewende steht kurz vor dem Aus."

Doch was machen wir? Hart Steuerbord zur scharfen Wende von der Wende? Aber nicht doch: Hier und da wurde ein bißchen herumjustiert, das war's. Die Bundesregierung fährt weiter geradeaus ins Fiasko, die grüne Opposition würde sogar gern noch einen Zahn zulegen. Narrenschiff am Wasserfall: Die Kapitänin befiehlt: "Kurs halten, da vorne wird's gleich besser!" Und obwohl wir den nahenden Abgrund schon gurgeln hören, lassen wir uns behaglich in die Liegestühle fallen. "Mutti" auf der Brücke weiß ja, was sie tut.

Weiß sie's? Was macht das schon: Wendt berichtet von Gesprächen mit ehemaligen DDR-Funktionären, darunter "kluge, reflektierte Leute", wie er schreibt. Von denen wollte er wissen, wieso sie einfach weitergemacht haben, als ihnen doch schon klar sein mußte, daß der ganze Laden gegen die Wand fährt. Antwort: Das verstünden sie mittlerweile selbst nicht mehr. ...

Es heißt, die Jungen seien gut beraten, wenn sie sich Rat bei den Altvorderen holten. Für die nächste Generation sollten wir diese Empfehlung definitiv stornieren. Wer uns einmal zuhört, der kann sich seine Weisheiten ebenso gut in der Klapsmühle abholen. Möglicherweise bekommt er dort sogar klügeren Beistand als bei uns.

Wie eingangs erwähnt: Wer die Bekloppten sind, hängt letztlich vom Standpunkt ab. Wir jedenfalls sollten uns über unsere baldige Einweisung nicht wundern. Bedenkliche Symptome zeigen wir genug.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>**Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik**

... Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. ...

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen. ...<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die längst gescheiterte Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x1.021): >> Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. ...

Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami "Deutscher Angst". Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlaß schließen ...

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb,

kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. ...

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, daß sie obsiegen, hüpft doch das halbe Land dafür. ...

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, daß kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission. Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. ...

Windenergie trägt ganze 3 Prozent zur Energieversorgung bei. ...

Die tatsächlich im ganzjährigen Betrieb im Mittel gelieferte nutzbare Leistung einer Windkraftanlage ist nur ein Viertel (25 Prozent), die einer Photovoltaikanlage ein Achtel (12 %) der installierten Leistung. Zum Vergleich: ein KKW erreicht über 90 Prozent Nutzung der installierten Leistung. Wie man sieht, lassen sich mancherlei Erfolgszahlen zu Wind- und Sonnenkraft in die Welt setzen. Aber die halbe Wahrheit bleibt hier eine ganze Lüge. ...

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch vom Dach des Bundestages: Ohne eine bezahlbare, großtechnisch nutzbare Speichertechnologie ist die Energiewende verloren. Und diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. ...

Für eine der nicht seltenen zweiwöchigen Dunkelflauten würde man zur Stromversorgung Deutschlands 21 Terawattstunden Speicherkapazität benötigen. Es sind aber nur 0,04 Terawattstunden vorhanden. Das sind die 36 deutschen Pumpspeicherwerke - alle anderen Speicher tragen gar nicht meßbar bei. Um also die zweiwöchige Dunkelflaute zu beherrschen, benötigt man zusätzlich 17.500 Pumpspeicherwerke der gängigen Größe, die es nicht gibt und die man auch schon auf Grund geologischer Gegebenheiten in Deutschland nicht bauen kann.

...

Die Deutsche Energiewende leidet unter einem nicht korrigierbaren Konstruktionsfehler: Ohne eine bezahlbare großtechnische Speichertechnologie ist die stabile Versorgung eines Industriestaates mit Elektroenergie durch Wind- und Solar nicht zu gewährleisten. Diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern.

Es sollte uns zu denken geben, daß kein einziges Land der Welt den deutschen Vorreitern folgt - so werden aus Vorreitern schnell vom Klimawahn gepackte Geisterreiter. ...

Deutschland hatte eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und Stromausfälle waren unbekannt - der Strom kam in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus der Steckdose. Durch die Energiewende wird nun die ganze Funktionalität des Netzes umgebaut. Das Netz muß jetzt in die Lage versetzt werden, den Strom von abertausenden kleinen Stromquellen wie Windräder und Solardächern "einzusammeln" und dann wieder an Millionen Kunden zu verteilen und dabei immer die 50 Umdrehungen pro Sekunde einzuhalten.

Die "erneuerbaren" Stromquellen sind dazu noch wetter- und tageszeitabhängig. Jetzt machen also nicht nur die Kunden im Stromnetz, was sie wollen, sondern auch noch die Stromerzeuger. Wo früher fünfmal im Jahr eingegriffen werden mußte, sind es heute tausende Male.

...

Die Energiewende ist ein politischer GAU, der Größte Anzunehmende Unsinn der Nachkriegsgeschichte. Und jetzt gießt die deutsche Regierung diesen GAU in Gesetzesform, genannt "Klimapaket". Der Verstoß gegen die Gesetze der Physik und Ökonomie wird in Deutschland Gesetz. ...

Die EEG-Umlage betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von über 4.000 %. Zwischen 2000 und 2019 zahlten die Stromkunden mehr als 300 Milliarden Euro EEG-Kosten. Dieses Geld floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. Es wurde ein gigantisches Umverteilungssystem vom kleinen Mann zum wohlhabenden Investor geschaffen ...

Wer gegen den Wind spuckt, bekommt die Spucke ins Gesicht. Ihr spuckt gegen einen Orkan. Wenn Deutschland nicht vorher einen katastrophalen Blackout hinlegt, werdet Ihr bis 2030 eine ganze Billion Euro für die Energiewende ausgegeben haben, falls es den Euro dann noch gibt.

Für diese Summe werdet Ihr einen Energiesozialismus aufgebaut haben, in dem Stromzuteilungen für die Industrie und Bürger an der Tagesordnung sind. Die Deutschen sind mit der Energiewende ins Land der Träume einmarschiert. Das Erwachen wird ein Albtraum sein, für die Politik und die irregeleiteten Deutschen. Deutschland macht sich gerade auf den Weg: vom Land der Träume durchs Tal der Deindustrialisierung, auf in die dritte Welt. ...

Verteuern, verbieten, aussteigen - das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Regierungspolitik. ... Und es wird gewendet, was das Zeug hält - Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende - Deutschland hüpfert fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran.

Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse - mit einer als CO₂-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden. ... Derweilen verabschiedet sich die Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend aus dem Land. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? ... Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO₂-Spurengas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. ...

Schon heute ist die Energiewende ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben. Der kleine Mann bezahlt die Subventionen, die der wohlhabende Investor einstreicht. ... In den letzten Jahren hat sich eine Klimarettungsindustrie etabliert, die Milliarden wie nichts verschlingt.

... Ein paar Größenwahnsinnige fühlen sich wie Gott und wollen das Klima beherrschen. Dabei können sie noch nicht einmal das Wetter von morgen präzise vorhersagen. ...

Der größte Profiteur der Kostensteigerungen für Strom ist somit der Bundesfinanzminister. Die Energiewende ist aus ökonomischer Sicht ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben, in der eine Billion Euro - sauer erarbeitet von Stromkunden und Steuerzahlern - an Investoren umverteilt wird und bei der der Staat hemmungslos abkassiert. ...<<

Am 8. November 2021 stellte die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages 3 Anträge, um die Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten:

Der erste Antrag trägt den Titel "Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung".

Der zweite Antrag trägt den Titel "Blackout" und "Brownout" verhindern und dadurch die Energieversorgung sicherstellen.

Der dritte Antrag zielt darauf ab, die Energiewende rückgängig zu machen und Wirtschaft sowie private Haushalte zu entlasten.

Diese Anträge sollen am 11. November 2021 in erster Lesung beraten und im Anschluß zur weiteren Beratung in den künftigen Hauptausschuß überwiesen werden.

Der zweite AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen

Hauptausschuß überwiesen wurde, lautete wie folgt (x1.033/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/34 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

Blackout und Brownout verhindern - Energieversorgung sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse, zudem gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. Moderne Abgasfiltersysteme, über welche die deutschen Kohlekraftwerke verfügen, ermöglichen eine genügend hohe Luftqualität, welche keinerlei Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellt. Dabei werden für die Industrie relevante Rohmaterialien (z.B. Gips) generiert.
4. Die von den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte verfolgte "Energiewende" und Klimaschutzpolitik hat immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
5. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
6. Auch der komplett unrealistische Ausbau (Verdopplung oder Verdreifachung gegenüber heute) der Stromerzeugungskapazitäten aus sogenannten erneuerbaren Energien wird den weiterhin steigenden Strombedarf nie bedarfsgerecht (zu jedem Zeitpunkt) decken können und damit auch nicht die bislang in Deutschland selbstverständliche Versorgungssicherheit (n-1) sicherstellen.
7. Kostengünstige sowie nachfragegerechte und zuverlässig bereitgestellte Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.
8. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist.
9. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
10. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.
11. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.
12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirkten als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich zu erkennende Wirtschaftskrise - die negativen Folgen sind und bleiben klar erkennbar.
13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, in diesem Fall in Form hoher Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Betrieb von Kohlekraftwerken, die dem Stand der Technik entsprechen, uneingeschränkt zu ermöglichen und sämtliche Bemühungen zum Ausstieg aus dieser Technik zu un-

terlassen bzw. zu beenden, insbesondere ist das Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) ersatzlos zu streichen und rückabzuwickeln,

2. jegliche Beschränkung oder Pönalisierung des Brennstoffs Kohle aufgrund der bei der Verfeuerung anfallenden CO₂-Emissionen zu unterlassen bzw. zu beenden,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kohlekraftwerke zu erteilen und, sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund sicherzustellen,

4. die Bundesnetzagentur zu beauftragen, durch geeignete Planungen und Maßnahmen sicherzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt von Stromimporten abhängig wird und zu diesem Zweck ausreichend, gesicherte, jederzeit abrufbare Stromerzeugungsleistung im Inland verfügbar ist,

5. das Abwälzen von Planungs- und Vorhersagerisiken bei der Stromerzeugung mit sogenannten erneuerbaren Energien auf alle Stromverbraucher und das Aushöhlen der Versorgungssicherheit zu beenden und

6. kurzfristige Stromausfälle bis 3 Minuten Länge, die nicht in den "SAIDI-Index" eingerechnet werden, statistisch zu erfassen und auszuwerten. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt. ...

Begründung

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich." Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei.

Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen. Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jähr-

lich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausbezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben. Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Transformation des deutschen Energiesystems im Rahmen der bereits umgesetzten Energiewende bringt eine Vielzahl technischer Risiken mit sich, die bisher in den Maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Wahrscheinlichkeit von großflächigen Stromausfällen (Blackout) infolge unkontrollierbarer Netzzustände nimmt derzeit stark zu. Stromausfälle im Millisekundenbereich sowie Lastabwürfe der Industrie (Brownout) zur Netzstabilisierung kommen schon heute regelmäßig vor und dürften nach Wahrnehmung der Antragssteller zur Vermeidung von Blackouts in Zukunft noch großräumiger ausfallen.

Engpässe im Stromnetz traten früher nur sehr selten auf, wenn geplante Unterbrechungen für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten und ungeplante Ausfälle durch Starkwetterereignisse oder Materialermüdung ungünstig zusammenkamen. Heute ist knapp die Hälfte der Stromerzeugungskapazität in Deutschland direkt von Wind und Sonne abhängig.

Bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist die in jedem Moment maximal erzeugbare Strommenge nicht steuerbar. Somit ergibt sich das Problem, das Wetter möglichst exakt vorherzusagen, um daraus dann die erzeugbaren Strommengen für die Planung des Netzbetriebs abzuleiten. Verhält sich das Wetter nicht so wie vorhergesagt, kann die Strommenge aus Wind und Sonne deutlich geringer als erwartet ausfallen.

Die fehlenden Strommengen müssen durch konventionelle Kern-, Kohle- oder Gaskraftwerke im In- und Ausland ausgeglichen werden oder, wenn diese nicht schnell genug zur Verfügung stehen, durch Lastabwürfe von Wirtschafts- bzw. Industrieunternehmen - sonst droht ein langanhaltender flächendeckender Stromausfall.

Die unregelmäßige Einspeisung aus volatilen, sogenannten erneuerbaren Energien stellt mittlerweile ein erhebliches Systemrisiko dar. Die Übertragungsnetzbetreiber sind durch den starken Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zunehmend zu Eingriffen in das Stromnetz gezwungen, um die Systemstabilität aufrechtzuerhalten. Die erforderliche Energiemenge zur Stabilisierung des Stromnetzes und zur Engpaßbewältigung hat sich zwischen 2010 und 2015 um den Faktor 50 vervielfacht, waren im Jahr 2010, also vor dem massiven Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, noch Redispatch-Maßnahmen mit einem Umfang von lediglich 306 GWh erforderlich, so waren es im Jahr 2015 bereits über 15.000 GWh.

Die Kosten stiegen dabei im gleichen Zeitraum von unter 50 Mio. € auf rund 1,1 Milliarden jährlich. Dies ist auf den nicht systemverträglichen Zubau von unregelmäßig einspeisenden

Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zurückzuführen und damit direkte Folge der Energiewende. Es ist absehbar, daß sich diese Entwicklung mit dem weiteren Zubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen noch verstärkt und die Überlastung der Netze weiter zunimmt.

Der deutsche Kraftwerkspark wird aufgrund des starken Zubaus von dezentralen Stromerzeugungskapazitäten zunehmend komplex und damit schwer beherrschbar. Die Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende haben dazu geführt, daß die Stromversorgung mittlerweile aus rund 1,6 Millionen dezentralen (Klein-)Kraftwerken besteht. Diese Anlagen müssen zwangsläufig digital vernetzt werden, um angesteuert werden zu können. Ergänzend hierzu sollen nach Plänen der Regierung zukünftig auch möglichst viele Verbraucher in digitale Infrastrukturen eingebunden werden, um ein umfassendes Lastmanagement zu ermöglichen.

Daraus ergibt sich ein hoch komplexes, "digitales" Energiesystem. Die zunehmende Digitalisierung des Energiesystems birgt aber erhebliche Risiken - an dieser Stelle seien Faktoren wie die strategische Einflußnahme durch ausländische Akteure (Huawei), die stark zunehmende Cyberkriminalität oder die immer wichtiger werdenden Datenschutzaspekte (digitale Stromzähler) genannt. Ohne Digitalisierung der Netze ist die geplante sogenannte Energiewende jedoch nicht darstellbar.

Mit dem Abbau von konventioneller Kraftwerksleistung ist ebenfalls eine Abnahme der rotierenden Schwungmasse im Stromnetz verbunden. Diese ist jedoch für die Netzfrequenzhaltung im Sekundenbereich, also für sehr schnelle Korrekturen, derzeit noch unerlässlich. Generell läßt sich feststellen, daß das Stromnetz bei hohen Anteilen von Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien hinsichtlich Regelleistung und Momentanreserve im Störfall bei einem System-Split und im Falle eines erforderlichen Versorgungswiederaufbaus nach einem Blackout nicht ausreichend kontrollierbar ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bundesnetzagentur in einer entsprechenden Veröffentlichung.

Die stabile Verfügbarkeit von elektrischer Energie ist in einer vollständig technisierten Gesellschaft ein unverzichtbares Gut. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist. Die Auswirkungen von großflächigen, länger andauernden Stromausfällen werden allgemein unterschätzt. Tatsächlich würden derartige Ereignisse einer nationalen Katastrophe gleichkommen, da die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufgrund der nicht mehr gewährleisteten Grundversorgung innerhalb kürzester Zeit kollabieren würde.

Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat die zu erwartenden Folgen eines derartigen Szenarios bereits im Jahr 2010 untersucht und dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht dazu vorgelegt. Spätestens seit Veröffentlichung dieser Studie steht damit außer Frage, daß die Versorgungssicherheit in allen energiepolitischen Maßnahmen das vorrangige Ziel der Bundesregierung sein muß, um der staatlichen Schutzpflicht gegenüber der Bevölkerung gerecht zu werden. Insofern muß jederzeit auch ein Mindestmaß an Versorgungssicherheit bei Wegfall ausländischer Elektrizitätslieferungen vorliegen, was ausdrücklich nicht ausschließen soll, daß zu nichtkritischen Zeiten natürlich auch grenzüberschreitender Elektrizitätshandel stattfinden kann.

Energiepolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten erneuerbaren Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2000 und mehr möglich.

Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais). In der Gesamtschau folgt daraus, daß der Ressourcenverbrauch bezogen auf die ausgestoßene Energie und somit der "Footprint" bei den sogenannten Erneuerbaren erheblich höher ist. Dies ist nach Auffassung der Antragssteller als nicht nachhaltig zu bezeichnen und dürfte zudem ein Mehrfaches an Energiegestehungskosten verglichen mit dem heutigen System thermischer Kraftwerke bewirken.

Die derzeitige Infrastruktur aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken hat sich bisher für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung bewährt. In den letzten Jahrzehnten wurde zudem der Schadstoffausstoß durch wirksame Filteranlagen erheblich reduziert - technisch wird international eine Rückhaltung von über 90 % aller relevanten Schadstoffe, Ruß und Feinstaub gar 99,9 %, erreicht, welche die modernen deutschen Kohlekraftwerke ebenso realisieren. Die Luftqualität in Deutschland hat sich nicht zuletzt auch deshalb in den letzten 40 Jahren stark verbessert.

Die schon seit Jahrzehnten vorhandenen, bereits abgeschriebenen Kohlekraftwerke produzieren Strom zu sehr geringen Kosten und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Ihre erzwungene, abrupte Abschaltung nach dem zur Diskussion stehenden Kohleausstieg läßt sich nach Ansicht der Antragssteller mit Blick auf alles vorher Gesagte nicht mit den Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Gesundheit begründen und ist daher wegen offensichtlicher Unverhältnismäßigkeit abzulehnen. Es zeigt sich weltweit, daß sich nur wohlhabende Gesellschaften guten Naturschutz leisten können - Armut ist eine der größten Gefahren für Mensch und Umwelt. ...<<

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen). Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen Kraftwerke (6 KKW mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung nach dem Vorbild Spaniens handeln und sofort eine angemessene Laufzeitverlängerung von mindestens 15 Jahren für alle noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke beschließen.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden. In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

Windkraftwerke und Solaranlagen sind nicht grundlastfähig

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraftwerke verursachen während der Stromerzeugung zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann.

Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig!

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können aufgrund von physikalischen Begrenzungen ohne entsprechende Speichermöglichkeiten letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen. Die unregelmäßige Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenstrom verursacht fast täglich schwierige Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern mit kostenintensiven Maßnahmen geregelt werden müssen, um Netzzusammenbrüche zu vermeiden. Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wird die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit spätestens ab 2023 nicht mehr möglich sein.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 ist wegen der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung unverantwortlich

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage von etwa **83.000 Megawatt**) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Aufgrund der Regelbarkeit der konventionellen Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Der Stromverbrauch richtet sich leider nicht danach, ob der Wind weht und ob die Sonne scheint, deshalb ist der gleichzeitige Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle ideologischer Wahnsinn.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Die Kürzung der konventionellen Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 muß zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens **50.000 Megawatt Strom**, deshalb ist die Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke unmöglich.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefäl-

le. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Ein flächendeckender Stromausfall würde in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen

Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtete am 26. September 2019: >>Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen

Von *Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

Die ersten Minuten nach dem Blackout

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen

Ein Tag nach dem Blackout

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können.

Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Zwei Tage nach dem Blackout

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

Drei Tage nach dem Blackout

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter. Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt, auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

Eine Woche nach dem Blackout

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können, drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>**Zurück zur grünen Wiese**

... Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden.

Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Der deutsche Physiker Dr. Rüdiger Paschotta berichtete am 14. März 2020 im "RP-Energie-Lexikon" über die Reaktorsicherheit: >>Der Betrieb von Kernreaktoren, insbesondere von großen Reaktoren innerhalb von Kernkraftwerken, birgt massive Gefahren. Deswegen gehören Überlegungen und Maßnahmen für eine möglichst hohe Reaktorsicherheit zu den essentiellen Aspekten der Nutzung der Kernenergie. ...

Einschluß radioaktiver Substanzen

Bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Kernreaktors bedeutet eine nukleare Katastrophe!

Ein entscheidender Aspekt der nuklearen Sicherheit ist der sichere Einschluß der radioaktiven Substanzen - insbesondere der hochradioaktiven Spaltprodukte ... Man beachte, daß das radioaktive Inventar des Reaktors eines typischen Kernkraftwerks, das bereits für einige Zeit betrieben wurde, weitaus höher ist als beispielsweise das, welches von der Hiroshima-Atombombe freigesetzt wurde. Deswegen bedeutet bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Atomreaktors eine nukleare Katastrophe. ...

Nachzerfallswärme

Auch nach Beendigung der nuklearen Kettenreaktion ist eine effektive Kühlung des Reaktors

unbedingt notwendig!

... Bei den allermeisten Kernreaktoren ist die Nachzerfallswärme für lange Zeit nach dem Abschalten so stark, daß sie zur Beschädigung des Reaktors und in der Folge zu einem katastrophalen Unfall führen kann, wenn sie nicht in ausreichendem Maße abgeführt werden kann. Die zuverlässige Funktion des Kühlsystems unter allen Umständen ist also für die Reaktorsicherheit essentiell ...

Beispielsweise beim Reaktorunglück in Fukushima in 2011 wurde genau dies in mehreren Reaktorblöcken zum entscheidenden Problem: Die Reaktoren mußten wegen des Erdbebens abgeschaltet werden, konnten also keine elektrische Energie mehr erzeugen, und das Hochspannungsnetz fiel ebenfalls aus. In dieser Lage funktionierten zunächst noch die Notstromgeneratoren (auf der Basis von Dieselmotoren), bis auch diese durch den folgenden Tsunami zerstört wurden.

Für kurze Zeit gab es noch elektrische Energie aus großen Batterien, aber bald stand nicht mehr genügend Energie für eine ausreichende Kühlung zur Verfügung - nicht einmal für den Betrieb der Leitwarte. In der Folge wurden mehrere Reaktorkerne und ebenfalls Lagerbecken für ausgediente Brennelemente unzureichend gekühlt, so daß sie sich übermäßig erhitzen. In der Folge kam es zu schweren Wasserstoffexplosionen, zur Zerstörung von mehreren Reaktorgebäuden und zur massiven Freisetzung radioaktiver Substanzen in die Luft, das Meer und das Grundwasser. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kühlung wurden stark behindert durch die extreme Radioaktivität in der gesamten Umgebung. ...

Nicht nur der Reaktorkern, sondern auch Abklingbecken für verbrauchte Brennelemente können ein enormes Sicherheitsrisiko darstellen!

Man beachte, daß bei vielen Reaktoren ein oder mehrere stark gefüllte Abklingbecken vorliegen, in denen eine größere Menge von Radioaktivität lagern kann als im Reaktorkern. Die Kühlung von Abklingbecken kann deswegen ebenso kritisch sein wie die des Reaktors, zumal die Abklingbecken meist weniger gut gesichert sind als der Reaktorkern. Nach den vorliegenden Informationen hätte in Fukushima leicht noch eine viel größere Katastrophe entstehen können, wenn ein bereits trockengefallenes Abklingbecken nicht zufällig als Folge eines schweren Lecks an anderer Stelle zusätzliches Wasser erhalten hätte.

Kernschmelze

Bei einem massiven Ausfall der Kühlung kann eine Kernschmelze einsetzen: ... Wenn der geschmolzene Kern mehrere tausend Grad Celsius heiß wird, kann er sich durch den Reaktor-druckbehälter und durch den Sicherheitsbehälter und das Betonfundament hindurchfressen. So kann ein großer Teil des radioaktiven Materials bis zum Grundwasser gelangen. Bei Kontakt mit Wasser können weitere Explosionen auftreten, die das radioaktive Material stark weiter verteilen.

Bei fast allen derzeit betriebenen Kernreaktoren muß eine Kernschmelze als ein nicht mehr beherrschbares Schadensereignis (ein "Super-GAU") gelten. Es muß deswegen alles Mögliche unternommen werden, um eine Kernschmelze zu verhindern, damit katastrophale Auswirkungen vermieden werden. ...<<

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in

den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: **insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen.** Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ... Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe.** Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen. Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke gefährdet nicht nur die Bundesrepublik Deutschland sondern auch unsere direkten Nachbarländer

Falls es zu einem gefürchteten Super-Gau in den 7 Abklingbecken (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlicher Radioaktivität) kommt, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen auch in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Schlußbemerkungen

Der Untergang Deutschlands erfolgt nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden durch die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges jahrzehntelang konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert sowie die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands systematisch zerstört.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte danach endgültig beseitigt werden.

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration in Mittel- und Westdeutschland endgültig abzuwickeln und vollständig zu liquidieren, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung vor allem auf folgende bewährte Destabilisierungsmaßnahmen:

Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1949-1989:

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde,
Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte,
Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
Gründung der Deutschen Demokratischen Republik,
Oder-Neiße-Linie,
Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO),
Mitglied des Warschauer Beistandspaktes,
Vorbereitung einer multikulturellen Gesellschaft,
Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG),
Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM),
Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen,
Neue Ostpolitik,
Zöglinge der "Frankfurter Schule",
Niedergang des Christentums,
Zerstörung des deutschen Bildungssystems,
Holocaust-Verfilmung,
Tag der Befreiung,
Kollektivschuld,
Zusammenbruch der DDR.

Schlüsselereignisse und spezielle Destabilisierungsmaßnahmen von 1990-2021:

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands,
Ostdeutschland
Ausbau der multikulturellen Gesellschaft,
Schuldkult,
Holocaust-Industrie,
Tag der Befreiung,
Genderismus,
EURO-Einführung,
Rettung des Weltklimas,
Islamisierung,
Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie,
Einseitige Erinnerungskultur,
Diffamierung der deutschen Wehrmacht,
Rückabwicklung der Bundeswehr,
Folgen der "Frankfurter Schule",
Rechtschreibreform,
DDR 2.0,
Zerstörung der deutschen Automobilindustrie,
Corona-Plandemie,

"Energiewende": Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen "Energieversorgungsunternehmen, um die De-Industrialisierung und den wirtschaftlichen Ruin einzuleiten sowie letzten Endes die gegenwärtige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands zu zerstören.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Wenn wir dieses NWO-Projekt "Energiewende" zur Rettung des Weltklimas nicht rechtzeitig stoppen können, werden die Deutschen letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Um dieses langfristig systematisch geplante epochale Zerstörungswerk doch noch zu verhindern, muß die Bevölkerung unbedingt sofort Widerstand leisten.

Gemäß Grundgesetz (Artikel 20) geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt immer noch vom Volk aus. Wenn die politische Führung ihre Aufgaben und Pflichten nachweislich ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihr natürliches Recht auf Selbsterhaltung persönlich zu verteidigen.

Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Alle Menschen, die noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, sind verpflichtet, die geplante Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht widerstandslos

hinzunehmen. Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden.

Hier sind keine Wahnsinnigen am Werk, sondern es handelt sich offensichtlich bei der "Energiewende" um eine systematisch geplante Vernichtungsaktion der weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Psychopathen und ihrer willigen Marionetten gegen die Deutschen und indirekt auch gegen ihre europäischen Nachbarn in Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen, die noch einen gesunden Menschenverstand besitzen, endlich erbitterten Widerstand leisten und die totalitäre Klimasekte zum Teufel jagen. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit gute Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß diese unsägliche Energiewende sofort beendet werden.

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Niemand darf sich jetzt feige zurückhalten, sondern muß aktiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wir müssen endlich wieder zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! Alle staatlich angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen müssen sofort eingestellt und korrigiert werden. Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir unverzüglich Widerstand gegen diese totalitäre Öko-Diktatur leisten.

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,

denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 34 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x175/79) = Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung</u> . 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik</u> . Heft 16. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik</u> . Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder</u> . Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.

x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfälle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x356	Barmettler, André (Hg.): <u>Corona-Hysterie ohne Beweise</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.

Internet

x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwegen/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x898	https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/-religionsfreiheit/ - April 2018
x902	https://www.freiewelt.net/ - Januar 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.021	https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf - September 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.033	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000034.pdf - November 2021
x1.034	https://corona-blog.net/2021/11/10/bayer-vorstand-die-mrna-impfungen-sind-ein-beispiel-dafuer-gentherapie-zu-verkaufen/ - November 2021